

Axel Schildt

Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik

Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre*

Florian Illies hat in »Generation Golf«, dem Kultbuch der in der letzten Dekade der Bundesrepublik in mittelständischer Sekurität aufgewachsenen Kinder, als Quintessenz seiner Erinnerungen festgehalten, die 1980er Jahre seien

»mit Sicherheit das langweiligste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts [gewesen]. Es ging allen gut, man hatte kaum noch Angst, und wenn man den Fernseher anmachte, sah man immer Helmut Kohl, Nicole sang von ein bißchen Frieden, Boris Becker spielte ein bißchen Tennis, Kaffee hieß plötzlich Cappuccino, das war's auch schon.«¹

Die gerade einsetzende Zeitgeschichtsschreibung zum letzten Jahrzehnt der »alten« Bundesrepublik², die über eine Chronologie der Ereignisse und vage Impressionen hinausgeht, steht mit ihren Deutungsangeboten gewissermaßen noch neben diesem populären Image der 1980er Jahre als langweilig (und geschmacklos), das der am Ende der »alten« Bundesrepublik anzutreffenden medialen Konstruktion von ihrem formativen Jahrzehnt übrigens ähnlich sieht.³

Im folgenden Beitrag soll zunächst auf das Image der 1980er Jahre, wie es im einleitenden Zitat zum Ausdruck kam, eingegangen werden, weil es, ungeachtet aller Oberflächlichkeit, als Folie für eine historisch-politische Charakterisierung erste Anhaltspunkte bietet (I.); danach werden einige Probleme für die Konstruktion der 1980er Jahre als Phase der Zeitgeschichte erörtert (II.) und schließlich geht es um die Vorstellung relevan-

* Erste Überlegungen zu diesem Beitrag wurden auf der Tagung der Redaktion des Archivs für Sozialgeschichte mit Autorinnen und Autoren dieses Bandes in Bonn im Dezember 2010 diskutiert; zu danken habe ich auch für Hinweise und Kritik im internen Kolloquium der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, dem eine frühe Version des Aufsatzes vorlag.

1 Florian Illies, *Generation Golf. Eine Inspektion*, Berlin 2000, S. 15f.

2 Neuere historische Gesamtdarstellungen, die den Anspruch formulieren, bis zur Gegenwart zu reichen, beziehen die 1980er Jahre in unterschiedlicher Weise mehr oder weniger ausführlich ein; vgl. *Manfred Görtemaker*, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 596ff. und 686ff. (hier werden längere, über die 1970er und 1980er Jahre hinweg laufende Linien des »Zeitgeistes« in der »postindustriellen« Gesellschaft vor einen sehr knappen Abriss der Politik während der Kanzlerschaft Helmut Kohls gestellt; die Darstellung verdichtet sich erst wieder mit der Herstellung der deutschen Einheit); *Edgar Wolfrum*, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 326ff. (hier umfasst das entsprechende Kapitel den Zeitraum 1974 bis 1989); *Eckart Conze*, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 463ff. und 579ff. (hier gibt es Kapitel über die »Krisenjahre« 1974 bis 1982 und den anschließenden »Abschied vom Provisorium« 1982 bis 1989); auch eine erste instruktive Gesamtdarstellung liegt vor: *Andreas Wirsching*, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006; vgl. meine Besprechung: *Axel Schildt*, Die 80er-Jahre der Bundesrepublik, in: AfS 47, 2007, S. 695–702; zum Stand der Forschung zur jüngsten (west-)deutschen Zeitgeschichte einschlägig ist *Andreas Rödder*, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004; vgl. auch *Michael H. Geyer*, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: AfS 50, 2010, S. 643–669.

3 *Axel Schildt*, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 16ff.

ter Themenfelder in der Perspektive des Rahmenthemas dieses AfS-Bandes, des »Wandels des Politischen in den 1980er Jahren«⁴ (III.). Die Ausführungen sind angesichts des Forschungsstands eher tentativer Natur und sollen zur Diskussion beitragen.

I. DAS IMAGE DER 1980ER JAHRE

Das Bild der langweiligsten und deshalb besonders zu »zerstreuen« Spielen, vom Walkman bis zum Zauberwürfel, aufgelegten Dekade des ganzen 20. Jahrhunderts ist zunächst als eindruckliche Wahrnehmung nicht einfach von der Hand zu weisen, wengleich die Expansion der Spiele-Industrie erst noch bevorstand; Bayern München war am Anfang ebenso wie am Ende der 1980er Jahre (bundes-)deutscher Fußballmeister, insgesamt sechs Mal – ein Symbol überraschungsarmer Stetigkeit. Man kann das Image der Langeweile für das Jahrzehnt als kulturelle Chiffre politisch relativ ruhiger Zeiten – in der Perspektive der Bundesrepublik – übersetzen. Die 1980er Jahre waren, im Rückblick betrachtet, eine Phase weitgehenden inneren, aber auch äußeren Friedens für deren Bewohner. Allerdings sollte das eingangs zitierte idyllische Bild bürgerlicher und kleinbürgerlicher Sekurität, dessen Entstehung hinsichtlich der daran beteiligten Akteure selbst erst noch zeithistorisch zu untersuchen wäre, nicht vorschnell als Pars pro Toto akzeptiert werden. Zum einen spiegelt es die Vergangenheit aus der konsumierenden Kinderperspektive und sagt nichts darüber aus, wie die seinerzeit jungen und älteren Erwachsenen als Akteure und Zeitzeugen die Gesellschaft und Politik der 1980er Jahre erinnern; zum anderen liegt zwischen Ende und Erinnerung an die letzte Phase der »alten« Bundesrepublik der wirtschaftlich keineswegs nur glücklich verlaufene Prozess der deutschen Vereinigung, der bald von den nicht nur ökonomischen, sondern auch politisch-moralischen Herausforderungen und Zumutungen eines zunehmend deregulierten »digitalen Finanzmarktkapitalismus« überwölbt wurde.⁵

4 An dieser Stelle ist anzumerken, dass sich auch hier zeigt, dass es keine »neutralen« Begriffe gibt und der »Wandel« nur als pragmatischer Arbeitsbegriff Verwendung findet. »Sozialer Wandel« (vgl. *Wolfgang Zapf* (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Köln 1971) war bis in die 1960er Jahre der bevorzugte Begriff innerhalb der Sozialgeschichte, bevor er als zu unbestimmt, allein auf Abgrenzung zum Revolutionsbegriff fixiert und ansonsten theoretisch leer kritisiert wurde; mit Blick auf das 20. Jahrhundert wurde danach vor allem über »(organisierten) Kapitalismus« gesprochen, bevor schließlich soziologische modernisierungstheoretische Ansätze in der Geschichtswissenschaft Beachtung fanden, weil sich so über die ökonomische Sphäre hinaus gleichzeitig auch andere Dimensionen historischer Prozesse begrifflich einhegen ließen; nach der meist wenig kenntnisreichen Stigmatisierung einer angeblich im Singular existierenden »Modernisierungstheorie« – die gleichzeitig angesprochene epochale Bestimmung einer Moderne blieb hinsichtlich einer exakten Definition ebenso umstritten – scheint der Begriff des »Wandels« wieder an Attraktivität gewonnen zu haben, ohne dass die damit verbundenen theoretischen Probleme nach diesem terminologischen Kreislauf verschwunden wären; ein interessanter begrifflicher Vorschlag, der »Strukturbruch« und einen »sozialen Wandel revolutionärer Qualität« zusammenbringt, stammt von *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, *Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren: Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«*, in: *Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag* (Hrsg.), »Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 25–40, hier: S. 30.

5 Vgl. den Begriff bei *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008, S. 80ff.; er ist treffend, weil er das qualitative Moment der Beschleunigung in der Ablösung von Finanzmärkten und sogenannter Realwirtschaft hervorhebt beziehungsweise über die Grenzen dieser beiden Sphären nachdenken lässt. Die jüngst geäußerte Kritik an diesem als einem der »Neologismen von zweifelhaftem Gehalt und unklarer Bedeutung« (*Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel*, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften*, in: *VfZ* 59, 2011, S. 479–508, Zitat S. 506) ist nicht nachvollziehbar und wird auch nicht begründet.

Die systemischen Krisen seit der Millenniumswende haben ihren maßgeblichen Anteil an der Konstruktion der Images von den ruhigen, langweiligen und lebensgeschichtlich »schönen« 1980er Jahren und fundierten deren retrospektive Popularität; zum dritten wird die Erinnerung der zeitgenössischen Akteure und die Hegemonie von medial besonders einflussreichen Narrativen generell durch das Vetorecht der Quellen irritiert, also dann, wenn die empirische Geschichtsforschung einsetzt.

Die Bundesrepublik erlebte und zelebrierte ihren »Abschied vom Provisorium« (Andreas Wirsching) ganz anders, als er dann tatsächlich vollzogen wurde und wie er heute allein verstanden wird. Die Bonner Republik, die 1949 explizit als Provisorium gegründet worden war, löste sich nämlich in ihren letzten Jahren, vor dem von fast niemand vorausgesehenen Kollaps der DDR, aus den nur noch pflichtschuldig zelebrierten Ritualen des zunehmend als hohl empfundenen deutschlandpolitischen Pathos der Wiedervereinigung und der völkerrechtlichen Nichtanerkennung der östlichen Grenzen; deren »Offenhalten« hatte die »Sonntagsreden« der Bonner Politiker und in besonders krasser Form die martialischen Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände über Jahrzehnte geprägt; aber diese spielten nun keine tragende Rolle mehr.⁶ So musste sich die Bundesregierung unter Druck der Öffentlichkeit 1985 von der offiziellen Losung »Schlesien bleibt unser« für das Treffen dieser Landsmannschaft distanzieren. Die starke Herausstellung des Vertriebenen-schicksals, etwa mit der Serie des Bayerischen Rundfunks in der ARD »Flucht und Vertreibung«, deren drei Teile im Januar 1981 hohe Einschaltquoten erzielten und zeitgenössisch auch als geschichtspolitische Antwort auf die Serie »Holocaust« zwei Jahre zuvor verstanden wurden, dokumentierte nur den Übergang jener Thematik vom kollektiven ins kulturelle Gedächtnis.

Auch die Zweistaatlichkeit schien auf unabsehbar lange Dauer gestellt, sie sollte »zum Wohle der Menschen«, so die immer wieder benutzte Formel, mit den Mitteln behutsamer Diplomatie erträglich gemacht werden. Einzelne verbliebene oder neue Propagandisten der nationalen Frage wie Martin Walser seit dem Ende der 1970er Jahre, nachdem er die temporäre Liaison mit der Deutschen Kommunistischen Partei beendet hatte⁷, oder linksneutralistische Patrioten und Anhänger eines »Dritten Wegs«, wie Herbert Ammon und Peter Brandt, blieben ohne größere Wirkung und galten sogar als Wiedergänger realpolitischer Vernunft.⁸ Dagegen gewann der »Verfassungspatriotismus«, ein von dem Politikwissenschaftler Dolf Sternberger aus Anlass des 30-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes⁹ geprägt und später von Jürgen Habermas und anderen übernommener normativer Begriff, gerade unter Intellektuellen große Zustimmung.¹⁰ Er schien die geeignete Formel zu bieten sowohl für die guten Erfahrungen einer ostentativen Nüchternheit der

6 Der Einflussverlust der Vertriebenenverbände war bereits in den 1970er Jahren weitgehend vollzogen; vgl. *Manfred Kittel*, *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*, München 2007; hier wird die sozialliberale »Neue Ostpolitik« für die, wie im Titel ausgedrückt, aktive »Vertreibung« aus der Erinnerungskultur der Bundesrepublik verantwortlich gemacht.

7 Vgl. *Joanna Jabłkowska*, *Skandale und Debatten. Martin Walsers politisches Engagement zwischen links und rechts*, in: *dies./Malgorzata Pórola* (Hrsg.), *Engagement, Debatten, Skandale. Deutschsprachige Autoren als Zeitgenossen*, Łódź 2002, S. 423–433.

8 Vgl. *Alexander Gallus*, *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990*, Düsseldorf 2006, S. 334ff.

9 Vgl. dazu auch den repräsentativen Band von *Walter Scheel* (Hrsg.), *Nach dreißig Jahren ... Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1979; *Johannes Haas-Heye* (Hrsg.), *Im Urteil des Auslands. Dreißig Jahre Bundesrepublik*, München 1979.

10 *Dolf Sternberger*, *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt am Main 1990; *Jürgen Habermas*, *Staatsbürgerschaft und Nationalität*, in: *ders.*, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main 1992; vgl. auch: *Jan-Werner Müller*, *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt am Main 2010.

staatlichen westdeutschen Repräsentation über drei Jahrzehnte hinweg als auch für die gemeinsamen Werte der Demokratie, für Meinungsfreiheit, Menschen- und Bürgerrechte, und damit für einen dezidierten Bruch mit der als verhängnisvoll angesehenen spätromantischen Gefühllichkeit um gemeinsame nationale Abstammung und deutsche Sprachgemeinschaft. Zudem herrschte die Auffassung vor, dass eine an postnationalen und universellen Werten orientierte Gesellschaft eine Konsequenz der Hinwendung zum modernen Westen wäre¹¹, obwohl das Konzept des »Verfassungspatriotismus« ein sehr westdeutsches Phänomen darstellte, von dem sich später auch diskursive Fäden zu den Debatten um eine »deutsche Leitkultur« spinnen ließen. Aber zunächst war damit ein Aufbruch zu einer modernen Verfasstheit von Gesellschaft verbunden, die positiv besetzt war.

Die Auseinandersetzungen um den »Verfassungspatriotismus« und die Herstellung einer »normalen« nationalen Identität¹² bildeten den Hintergrund für die zentrale geschichtspolitische Kontroverse der 1980er Jahre, den sogenannten »Historikerstreit«, der 1985/86 ausgetragen wurde. Wie viele andere Debatten wurde er nicht explizit entschieden. Seine Erregungskurve lief vielmehr allmählich aus mit dem weitgehenden Konsens, der in der Zurückweisung der relativierenden Verharmlosung des Holocaust als fehlgeleitete Angstreaktion des Bürgertums auf den »Bolschewismus« bestand.¹³ In dieser Perspektive lassen sich die 1980er Jahre von der vorhergehenden Dekade absetzen. Auch wenn sich die konkreten historischen Kenntnisse nicht grundlegend erweitert hatten, war doch der Massenmord an den europäischen Juden, der seit der einschlägigen Fernsehserie 1979 als »Holocaust« kommuniziert wurde¹⁴, sehr viel mehr Menschen nun zumindest als Tatsache geläufig¹⁵ – in den 1990er Jahren, als der Vergleich der »beiden deutschen Diktaturen« in

11 Zu längeren Linien einer nicht mit liberalen und demokratischen Neigungen schlicht zu identifizierenden Orientierung am »Westen« vgl. *Axel Schildt*, Westlich, demokratisch. Deutschland und die westlichen Demokratien im 20. Jahrhundert, in: *Anselm Doering-Manteuffel* (Hrsg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 225–239.

12 Vgl. *Werner Weidenfeld*, Die Identität der Deutschen, Bonn 1983.

13 Einschlägige Dokumentationen: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987; *Reinhard Kühnl* (Hrsg.), Vergangenheit, die nicht vergeht. Die »Historiker«-Debatte. Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln 1987; aus der zeitgenössischen Debatte vgl. vorgänge 84, 1986, H. 6 (Themenheft »Restauration durch Geschichte«); *Dan Diner* (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt am Main 1987 (mit Beiträgen von Fachhistorikern); *Jürgen Habermas*, Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI, Frankfurt am Main 1987; *Immanuel Geiss*, Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin 1988; *Hans-Ulrich Wehler*, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«, München 1988; vgl. aus der kaum mehr zu überblickenden Literatur *Jürgen Peter*, Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre, Frankfurt am Main 1995; *Ulrich Herbert*, Der Historikerstreit: politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: *Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht* (Hrsg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 94–113; *Klaus Große Kracht*, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, S. 91ff.

14 Aus der umfangreichen Literatur sei nur genannt *Sandra Schulz*, Film und Fernsehen als Medien der gesellschaftlichen Vergegenwärtigung des Holocaust. Die deutsche Erstausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie *Holocaust* im Jahre 1979, in: HSR 32, 2007, H. 1, S. 189–248 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis).

15 Vor diesem Hintergrund schreckte es die Medienöffentlichkeit auf, als die »SINUS-Studie« Anfang der 1980er Jahre ergab, dass immerhin jeder siebte Westdeutsche rechtsextreme Einstellungen hegte, ein seither in der Tendenz immer wieder bestätigter Befund; vgl. 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben ...«. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen, Reinbek 1981.

das Zentrum öffentlicher Wahrnehmungen gerückt wurde, wäre die Diskussion wohl anders verlaufen.¹⁶ In der letzten Dekade der Bonner Republik herrschte ein großes Misstrauen, dass es eine zentral gesteuerte geschichtspolitische Strategie zur Entsorgung der verbrecherischen braunen Vergangenheit geben könnte, der mit Entschiedenheit entgegenzutreten sei. Im zeitlichen Abstand entsteht allerdings eher der Eindruck von Ungeschick und Ambivalenz bei darauf bezogenen Inszenierungen. Die performativen Bemühungen um symbolische Events einer engen Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten Frankreich, aber mehr noch mit den USA, wirkten eigentümlich verkrampt, der Auftritt von Helmut Kohl und Ronald Reagan in Bitburg sorgte angesichts der dortigen Gräber auch von Angehörigen der Waffen-SS für negative Pressebilder¹⁷ – und zuletzt, Ende 1988, musste noch ein Bundestagspräsident, Philipp Jenninger, wegen einer nicht in der Schriftform, aber im Vortrag missratenen Rede zum 9. November zurücktreten.¹⁸ Im Übrigen aber war der offiziellen Bonner Geschichtspolitik selbst eine eigentümliche Ambivalenz eingeschrieben. Reagan und Kohl besuchten – allerdings erst nach heftiger öffentlicher Kritik des Programms im Vorfeld – nicht nur den Soldatenfriedhof in Bitburg, sondern auch die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen. Und ein Jahr zuvor hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer großen Rede zum 40. Jubiläum des Weltkriegsendes erstmals ausgesprochen, was über Jahrzehnte hinweg in der Bundesrepublik von staatlicher Seite verweigert worden war und bis dahin lediglich als linke Formel galt: »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.« Auch wenn dieser Satz erst nach längeren einfühlsamen Ausführungen über das Leid und die ganz anderen Wahrnehmungen der betroffenen Zeitgenossen fiel, war damit doch ein wesentlicher Punkt für ein neues, »postnationales« Staats- und Verfassungsverständnis angesprochen. Dazu gehörte auch, für viele geradezu unerhört, die Einbeziehung der »ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen«, aber auch des »Widerstandes der Kommunisten« in das Gedenken und damit in die Gesellschaft der Bundesrepublik.¹⁹

Der »Verfassungspatriotismus« wurde deshalb auch besonders positiv von jenen linken Intellektuellen aufgenommen, die Westdeutschland lange nur als Produkt verpasster demokratischer Entwicklungen gesehen hatten und die nun ihren Beitrag zur »Selbstanerkennung« der Bundesrepublik formulierten. Sie konnten die Verbreitung des dahinterstehenden Gedankenguts, unter anderem durch den »Historikerstreit«, als Indiz für den späten Sieg zivilgesellschaftlicher Konzepte begrüßen. Auch für diese Wahrnehmung

16 Vgl. *Steffen Kailitz* (Hrsg.), *Die Gegenwart der Vergangenheit. Der »Historikerstreit« und die deutsche Geschichtspolitik*, Wiesbaden 2008; *Volker Kronenberg*, *Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der »Historikerstreit« – 20 Jahre danach*, Wiesbaden 2008; *Mathias Brodtkorb*, *Singuläres Auschwitz? Ernst Nolte, Jürgen Habermas und 25 Jahre »Historikerstreit«*, Banzkow 2011.

17 Vgl. *Karsten Wilke*, *Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik*, Paderborn 2011, S. 353ff.; zum geschichtspolitischen Kontext auch *Rupert Seuthe*, »Geistig-moralische Wende«? Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten, Frankfurt am Main 2001. Vgl. auch den Beitrag von Jacob S. Eder in diesem Band.

18 Vgl. *Peter Reichel*, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München 1995, S. 310ff.; *Holger Siever*, *Kommunikation und Verstehen. Der Fall Jenninger als Beispiel einer semiotischen Kommunikationstheorie*, Frankfurt am Main 2001.

19 Wortlaut der Rede in *Ulrich Gill/Winfried Steffani* (Hrsg.), *Eine Rede und ihre Wirkung. Die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Betroffene nehmen Stellung*, Berlin 1986, S. 175–191, Zitate S. 176f.; vgl. *Jan-Holger Kirsch*, »Wir haben aus der Geschichte gelernt«. Der 8. Mai als politischer Gedenktag, Köln/Weimar etc. 1999.

einer progressiven Veränderung wären allerdings längere Linien zu ziehen, von der durch die Vorstellung eines »Marsches durch die Institutionen« (Rudi Dutschke) beflügelten massenhaften Hinwendung zur Sozialdemokratie Anfang der 1970er Jahre, der parlamentarischen Sozialisation linksradikaler, nicht zuletzt maoistischer Parteigänger durch die Gründung der »Antiparteienpartei« der Grünen am Ende der Dekade²⁰ bis zuletzt, in den 1980er Jahren, zur Aussöhnung von Intellektuellen im kommunistischen Bündnisumfeld mit den Grundlagen der demokratischen Ordnung.²¹ Selbst wenn die gesellschaftlichen Zustände der Bundesrepublik weiterhin kritisiert wurden, hatten sich doch unter der Hand die Maßstäbe der linken Kritik verändert, weil diese nun auf dem Boden der Anerkennung des Erreichten stattfand. Dazu passte auch das Auslaufen der Anfang der 1970er Jahre vereinbarten »Berufsverbote«-Praxis im Öffentlichen Dienst, zuletzt sogar in Bayern und Baden-Württemberg.²² Die studentische und Jugendrevolte der späten 1960er Jahre konnte nun als rückblickende Erzählung einer »68er-Generation« organisiert werden, zu der beim Jubiläum 1988 viel mehr gehören wollten – zum Teil sogar konservative »andere 68er« –, als zeitgenössisch je »dabei gewesen« waren.²³ Für Aufsehen und Beifall von liberaler Seite, aber beträchtlichen Ärger in der Union sorgte übrigens die Kritik am Folterregime Pinochets, die Arbeitsminister Norbert Blüm bei und nach seinem Besuch in Chile 1987 äußerte, diskreditierte er damit doch die langjährig guten Beziehungen der CDU und noch mehr der CSU zu den dortigen Machthabern.²⁴

Innerer Frieden als Kennzeichen der »alten« Bundesrepublik in ihrem letzten Jahrzehnt ist nicht mit politischer Kirchhofsruhe oder Langeweile zu verwechseln. Gerade in einer Gesellschaft, mit deren Verfassung sich der weit überwiegende Teil der linken und linksliberalen Kritiker im Prinzip ausgesöhnt hatte, konnten die größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik stattfinden, für den Erhalt des Friedens und gegen die Bedrohung durch die Atomenergie, also nicht für revolutionäre Ziele, sondern für die Verteidigung erhaltenswerter Zustände. Selbstanerkennung und Ausweitung des politischen Pluralismus bildeten ein dialektisches Bedingungsgefüge. Besonders markant zeigte sich dieser Zusammenhang beim Aufgehen linksradikaler Gruppen in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, die ihnen ursprünglich als Massenbasis dienen sollten.²⁵

20 Vgl. *Silke Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 214ff.

21 Vgl. den instruktiven Einblick von *Klaus Naumann*, Nachrüstung und Selbstanerkennung. Staatsfragen im politisch-intellektuellen Milieu der »Blätter für deutsche und internationale Politik«, in: *Dominik Geppert/Jens Hacke* (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 269–289.

22 Es fällt stark auf, dass die Problematik des »Radikalenerlasses«, obwohl von enormer Bedeutung für die politische Kultur, gegenüber dem Phänomen des »linken« Terrorismus in der Zeitgeschichtsschreibung bisher kaum Beachtung gefunden hat; vgl. aus der politischen Diskussion *Gerard Braunthal*, Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst. Der Radikalenerlass von 1972 und die Folgen, Marburg 1992; *Manfred Histor*, Willy Brandts vergessene Opfer. Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971–1988, Freiburg im Breisgau 1989; als Teil einer geschichtswissenschaftlichen Studie vgl. *Dominik Rigoll*, Vom inneren Frieden zur inneren Sicherheit. Staatsschutz in Westdeutschland zwischen Entnazifizierung und Extremistenbeschluss, Göttingen 2012.

23 Vgl. den Überblick von *Albrecht von Lucke*, 68 oder neues Biedermeier? Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin 2008, S. 28ff.; *Silja Behre*, Vom Erinnern und Vergessen. Rückblicke auf 1968 von 1977 bis 2008, in: *GWU* 59, 2008, S. 382–396; *Axel Schildt*, »Trau keinem über 30!«. Die Studentenrevolte als Generationsprotest, in: *Martin Sabrow* (Hrsg.), Mythos »1968«?, Leipzig 2009, S. 21–39.

24 SPIEGEL-Titel: Blüms Reise. Folter in Chile – Krach in Bonn, in: *Der SPIEGEL*, 3.8.1987; vgl. *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 588ff.

25 Vgl. die Beiträge von Philipp Gassert, Jan Hansen und Claudia Kemper in diesem Band.

II. DIE KONSTRUKTION DER 1980ER JAHRE ALS PHASE DER ZEITGESCHICHTE

Dieser Prozess setzte bereits in der zweiten Hälfte der vorhergehenden Dekade ein, sodass zu fragen bleibt, wo also das Spezifische der 1980er Jahre liegt und ob es überhaupt Sinn macht, in den Grenzen dieses Jahrzehnts zu verbleiben. Ein Blick auf die gesamte Zeitgeschichtsschreibung zur Bundesrepublik zeigt, dass alle bisherigen zeitgeschichtlichen Inspektionen von Dekaden schließlich die medial dominierenden historischen Bilder – die 1950er Jahre als dumpfe Zeit spießig-klerikaler Gängelung; die 1960er Jahre, verkürzt auf deren Ende, als revolutionäre Befreiung aus diesen petrifizierten Verhältnissen; die 1970er Jahre als Zeit sozialdemokratischer Hegemonie und zivilgesellschaftlicher Emanzipation – korrigiert beziehungsweise stark modifiziert und den dekadologischen Rahmen gesprengt haben. Insofern trifft die Kritik des Denkens in Dekaden eher populäre mediale Bilder, aber kaum den Kern zeitgeschichtlicher Arbeit als Teil der Geschichtswissenschaft, welcher ein Jahrzehnt immer nur als heuristische Konstruktion gelten kann, die im Verlauf der quellenbasierten Betrachtung zum Einsturz gebracht wird. Im Fall der 1950er Jahre führte die Untersuchung der Spannungsverhältnisse von Wiederaufbau und Modernisierung zur Fokussierung jenes Umschlags, bei dem sich die Kontinuitätslinien und Traditionen des Wiederaufbaus spürbar gegenüber neuen gesellschaftlichen und politischen Tendenzen abschwächten und in den Hintergrund traten.²⁶ Für diesen Übergangsraum ist vorzugsweise – mit einer Fülle von Indikatoren – das letzte Drittel des formativen Jahrzehnts der Bundesrepublik genannt worden.²⁷ Bei der Betrachtung der 1960er Jahre ist, gegen eine unhistorische Hypostasierung der studentischen und jugendkulturellen Revolte am Ende des Jahrzehnts gerichtet, von vornherein die engere Dekadengrenze mit der Formulierung der »langen 1960er Jahre« als eines dynamischen Transformationszeitraums, vom letzten Drittel der 1950er bis zum ersten Drittel der 1970er Jahre reichend, verabschiedet worden.²⁸ Und auch im Blick auf diese Dekade selbst, die mit dem »Machtwechsel« 1969 so pünktlich eingeläutet zu sein scheint, ist sogar in der Annahme eines »sozialdemokratischen Jahrzehnts« vom Bruch 1973/1974 die Rede²⁹, während andere Autoren, die ebenfalls diese Zäsur hervorheben, eher die Kontinuitäten einer »Reformzeit« betonen, die bereits mit der Großen Koalition 1966 begonnen hatte, und auch den Übergang von der sozial-liberalen Koalition zur Ära Kohl in größere »postindustrielle« Tendenzen eingebunden sehen. Für das anschließende noch nicht eingehend untersuchte Niemandsland zwischen intensiv gedeuteter Zeitgeschichte und der Gegenwart zeichnen sich bereits jetzt ähnliche Dekaden überschreitende Charakterisierungen ab; auch die 1980er Jahre der Bundesrepublik werden kurz oder lang sein, je nachdem, ob in politik-historischer Perspektive der Zeitraum zwischen Regierungswechsel 1982 und der Herstellung der deutschen Einheit 1990 gemeint ist oder politische Kontinuitäten stärker gewichtet werden. Wer nicht nur die Sphäre des Bonner politischen Betriebs betrachtet, muss den

26 Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993.

27 Vgl. als Überblick Alexander Gallus/Werner Müller (Hrsg.), *Sonde 1957. Ein Jahr als symbolische Zäsur für Wandlungsprozesse im geteilten Deutschland*, Berlin 2010; dass es sich um eine – plausible – Konstruktion handelt, zeigt der Umstand, dass auch ein anderes Jahr gewählt werden kann: Matthias N. Lorenz/Maurizio Pirro (Hrsg.), *Wendejahr 1959? Die literarische Inszenierung von Kontinuitäten und Brüchen in gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten der 1950er Jahre*, Bielefeld 2011; aber letztlich betonen beide den gleichen beginnenden Transformationszeitraum; ähnlich locker sollte mit den Zäsuren der 1970er/1980er Jahre umgegangen werden.

28 Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

29 Vgl. jetzt Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011, S. 17 und 21.

Einschnitt von 1982 relativieren und wird andere segmentäre Zäsuren entdecken, erst recht, wenn der nationale Rahmen verlassen wird und gesellschaftliche Prozesse in komparativer europäischer und transatlantischer Perspektive betrachtet werden.³⁰ Während längere sozialhistorische Linien einen Einschnitt 1982 kaum konturieren lassen³¹, gibt es allerdings, ungeachtet aller Kontinuitäten, für die politische Kultur und weiter gefasste kulturelle Verhältnisse durchaus einige charakteristische Unterschiede im vergleichenden Blick auf die 1970er und 1980er Jahre zu entdecken.³²

Als Rahmenbedingung ist zunächst die Verschärfung des Kalten Kriegs, vom Westen unter dem Banner der »Menschenrechte« geführt, am Ende der 1970er Jahre zu berücksichtigen, der manche Autoren sogar vom »Zweiten Kalten Krieg« sprechen lässt. Sein Auslaufen seit der Mitte der 1980er Jahre teilt die Dekade nicht nur globalpolitisch von vornherein. Es könnte sein, dass die Erinnerung an die undramatischen 1980er Jahre vor allem von ihrer zweiten Hälfte bestimmt worden ist. Allerdings sollte bedacht werden, dass es sich auch beim wiederaufflammenden Kalten Krieg um 1980 und der durch einen erneuten Schub des Wettrüstens evozierten Revitalisierung von manifesten Ängsten vor einem möglichen atomaren Konflikt für die Bundesbürger um eine fortgesetzte Friedenszeit handelte. Dies war sogar eine Rahmenbedingung für die Massendemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss und die sogenannte Nachrüstung, die von kirchlichen, pazifistischen, sozialdemokratischen, linken und anderen Strömungen getragen wurden. Die Beschwörung eines übermächtigen kommunistischen Feinds, wie sie in grotesker Neuauflage der Rhetorik früherer Zeiten des Kalten Kriegs etwa vom Präsidenten der USA, Ronald Reagan, vorgetragen wurde, war leidlich informierten Bürgern angesichts der realen wirtschaftlich-technischen Daten, die die Überlegenheit des Westens eindrucksvoll darstellten, nur schwer zu vermitteln und störte den Frieden als erreichte Stabilität des Bestehenden, was geradezu Proteste auch ansonsten keineswegs gesellschaftsverändernder Kräfte hervorrufen musste. Dass etwa die Unterstützung radikalislamistischer »Gotteskrieger«, auch der Taliban, in Afghanistan gegen das kommunistische Regime durch die CIA³³ etwas mit der Verteidigung von »Menschenrechten« zu tun haben könnte, war selbst mit groß angelegten Propagandakampagnen wie dem Boykott der Olympischen Sommerspiele von Moskau 1980 kaum glaubhaft zu machen. Wenn man die Berichterstattung des Nachrichtenmagazins »Der SPIEGEL« als eines exemplarischen Leitmediums für die öffentliche Meinung über das Jahrzehnt hinweg verfolgt, wird deutlich, dass zwar anfänglich noch der sowjetische Expansionsdrang und die Gefährlichkeit von deren Rüstungsanstrengungen betont wurden, bald aber die militärischen Potenziale der Sowjetunion als überschätzt galten.³⁴ Stattdessen trat die Reagan-Administration als unberechenbare Macht ins Bild, die zum Beispiel mit ihrer Parteinahme für lateinamerikanische Diktaturen (1983 war das Jahr der blutigen Aktion von US-Truppen auf der kleinen Karibikinsel Grenada), in denen Menschenrechte nichts galten, aber vor allem mit ihren Visionen eines »Star Wars« (»Strategic Defense Initiative«) vielen Menschen mehr Angst einflößte als »der Osten«.³⁵ Dass die Motive und Empfindungen der zeitgenössischen Ak-

30 *Harold James*, *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001*, München 2004, gibt dem Kapitel über die 1980er Jahre den Titel »Rechtsruck« (S. 383).

31 *Axel Schildt*, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007.

32 *Axel Schildt/Detlef Siegfried*, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 403ff.

33 Vgl. *Bernd Stöver*, *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991*, München 2007, S. 415ff.

34 SPIEGEL-Titel: Militärmacht Sowjet-Union – Dem Westen überlegen?, in: *Der SPIEGEL*, 11.4.1983.

35 Vgl. *Peter Merseburger*, *Die unberechenbare Vormacht. Wohin steuern die USA?*, München 1983.

teure der Friedensbewegung bisweilen von Zeithistorikern als heuchlerisch und hysterisch abgetan werden und die westliche Hochrüstung als defensive, aber aktive und kluge Friedensstrategie Anerkennung findet, die schließlich zur deutschen Einheit führte, zeigt nur die nach wie vor bestehende geschichtspolitische Virulenz des Themas.³⁶

Journalistische Auguren, die vom Bonner Regierungswechsel 1982 ein dauerhaftes Einschwenken der Bundesrepublik auf die neue Linie der US-Außenpolitik erwartet hatten, sahen sich allerdings getäuscht. Zwar wurde der NATO-Doppelbeschluss 1983 ungeachtet aller außerparlamentarischen Proteste und gegen eine nun in diesem Punkt oppositionelle Sozialdemokratie im Bundestag bestätigt, aber die Regierung Kohl/Genscher folgte lediglich der politischen Linie des vorhergehenden SPD-FDP-Kabinetts unter Helmut Schmidt. Zugleich wurde von der Bundesrepublik und der DDR gemeinsam eine deutsch-deutsche »Verantwortungsgemeinschaft« als Garantie für die Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt und als feste moralisch-politische Säule hervorgehoben. Die »komplementär wirkenden Interessen« ließen »die deutsch-deutschen Beziehungen seit Mitte der achtziger Jahre geradezu aufblühen«.³⁷ Symbolisch wirkte etwa die fristgerechte Übergabe des letzten Teilstücks der Transit-Autobahn von Hamburg nach Berlin 1982; dadurch verringerte sich nicht nur die Fahrtzeit zwischen den beiden Großstädten um 90 Minuten, zugleich entstand ein neuer und eigenartiger deutsch-deutscher Kommunikationsraum.³⁸ Mit der Perspektive dauerhafter Zweistaatlichkeit verband sich überdies ein Interesse an der Kultur, vor allem an der Literatur der DDR in der Bundesrepublik, das wohl zu keiner Zeit vorher oder nachher stärker war. Christa Wolf, Christoph Hein, Stefan Heym oder Hermann Kant hatten in der Bundesrepublik eine große und treue Lesergemeinde. 1985 entschied der Verlag Kiepenheuer & Witsch den harten Wettbewerb westdeutscher Verlage – darunter auch Luchterhand und Rowohlt – um eine gültige Anthologie zeitgenössischer Belletristik der DDR für sich.³⁹ Zugleich entwickelte sich, verstärkt

36 Jeffrey Herf, *War by other Means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of Euromissiles*, New York 1991; als Komprimat: *ders.*, Demokratie auf dem Prüfstand. Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungskrise in Westdeutschland, in: VfZ 40, 1992, S. 1–28; vgl. dagegen abgewogen Eckart Conze, Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen 7, 2010, H. 2, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40209040/default.aspx>> [28.7.2012]; Judith Michel, »Die Angst kann lehren, sich zu wehren« – Der Angstdiskurs der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: José Brunner (Hrsg.), Politische Leidenschaften. Zur Verknüpfung von Macht, Emotion und Vernunft in Deutschland, Göttingen 2010, S. 246–269; Holger Nehring/Benjamin Ziemann, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung: eine Kritik, in: VfZ 59, 2011, S. 80–100; Philipp Gassert, Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: *ders./Tim Geiger* (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 175–202; Nicholas Thompson, Nuclear War and Nuclear Fear in the 1970s and 1980s, in: *Journal of Contemporary History* 46, 2011, S. 136–149; zur internationalen Organisation der »Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« (IPPNW) in der Friedensbewegung bearbeitet Claudia Kemper in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt. Vgl. hierzu auch ihren Beitrag in diesem Band.

37 Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 599; für die Anfänge der Sonderbeziehungen vor der Ära Kohl vgl. Detlev Brunner, »... eine große Herzlichkeit«? Helmut Schmidt und Erich Honecker im Dezember 1981, in: *Deutschland Archiv* 44, 2011, S. 508–517.

38 Dazu bereitet Sylvia Necker an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ein Projekt vor.

39 Sascha Anderson/Elke Erb (Hrsg.), *Berührung ist nur eine Randerscheinung. Neue Literatur aus der DDR*, Köln 1985; vgl. Klaus Michael, *Berührung ist nur eine Randerscheinung. Die deutsch-deutsche Geschichte einer Anthologie*, in: Siegfried Lokatis/Ingrid Sonntag (Hrsg.),

nach dem Exodus von Künstlern und Schriftstellern aus der DDR seit der Ausbürgerung von Wolf Biermann Ende 1975, ein enger Zusammenhang von kritischen westlichen und dissidentischen östlichen Intellektuellen im europäischen Maßstab.⁴⁰

Seit 1985 – in jenem Jahr wurde der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow zum Hoffnungsträger für bessere Beziehungen zwischen den Supermächten⁴¹ – verlor auch die Berichterstattung über militärische Bedrohungen im Kalten Krieg endgültig ihren zentralen Platz in den Medien. Die Finanzkredite für die DDR, vermittelt durch – ausgerechnet – Franz Josef Strauß⁴², der Staatsbesuch von Erich Honecker in Bonn 1987, reale Erleichterungen im Reiseverkehr von West nach Ost, aber auch von Ost nach West – alles deutete auf eine langfristige Perspektive einer Normalisierung der Zweistaatlichkeit im erlöschenden Kalten Krieg hin.

Als besonders markantes Element der deutsch-deutschen Beziehungen gilt in diesem Zusammenhang das gemeinsame Papier der SPD, dort federführend die Grundwertekommission, und der SED, vertreten durch die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, von 1987. Es trug den Titel »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«, gleichzeitig publiziert im »Vorwärts« und im »Neuen Deutschland«, bald auch als Taschenbuch – mit den zum Teil sehr kontroversen Beiträgen aus der Sozialdemokratie. Hier hieß es, dass sich die beiden deutschen Staaten »auf einen langen Zeitraum ein[zurichten« hätten, in dem sie

»nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt.«⁴³

In der konservativen Heldengeschichtsschreibung, die das patriotische Einheitsstreben der Regierung Kohl umso leuchtender von diesem politisch-moralischen Sündenfall einer »Nebenaußenpolitik« absetzt, wird meist vergessen, dass es auch in der CDU bemerkenswerte Versuche gab, die Zweistaatlichkeit aus Vernunftgründen anzuerkennen.⁴⁴ Ein entsprechender Vorstoß von Heiner Geißler vor dem CDU-Parteitag 1988 fand zwar keine Mehrheit und die sogenannte »Stahlhelm-Fraktion« um den hessischen Landesvorsitzenden Alfred Dregger bildete während des gesamten Jahrzehnts einen festen Abwehrblock gegen Veränderungen in der Deutschlandpolitik, aber ein Blick auf die meinungsbildende

100 Jahre Kiepenheuer Verlage, Berlin 2011, S. 264–273; hier finden sich auch Hinweise auf weitere Sammlungen zur DDR-Literatur in den 1980er Jahren.

40 Vgl. *Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März* (Hrsg.), *Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989*, Köln/Weimar etc. 2007.

41 Kaum einmal fand etwas nach demoskopischem Befund weniger Zustimmung als der berühmte Gorbatschow-Goebbels-Vergleich des Bundeskanzlers Kohl (vgl. *Der SPIEGEL*, 10.11.1986).

42 Heute weitgehend vergessen, resultierte daraus am rechten Rand der Union, vor allem der CSU, in diesem Zusammenhang der Aufstieg von Franz Schönhubers »Republikanern«; vgl. *Claus Leggewie*, *Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an*, Berlin 1989; vgl. *Kurt Hirsch*, *Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945. Ein Lexikon*, Berlin 1989.

43 Wortlaut in: *Das gemeinsame Papier von SED und SPD und die Reaktion der SED*, in: *Deutschland Archiv* 21, 1988, S. 86–102; vgl. *Kultur des Streits. Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente*, Köln 1988; *Wolfgang Brinkel/Jo Rodejohann* (Hrsg.), *Das SPD-SED-Papier. »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«*. Das Originaldokument, Freiburg im Breisgau 1988; aus der Sicht eines auf der DDR-Seite Beteiligten rückblickend: *Erich Hahn*, *SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989*, Berlin 2002.

44 Vgl. mit zahlreichen Hinweisen auf die zeitgenössischen Beiträge *Klaus Naumann*, *Die CDU auf der Suche nach ihrem Staat*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 33, 1988, S. 143–154.

Presse zeigt gleichwohl, dass die Bundesrepublik sich selbst, alle politischen Lager übergreifend, in ihrer ökonomischen Stärke als postnationale Gesellschaft im supranationalen westeuropäischen und transatlantischen Rahmen zunehmend genügte. Daran änderte auch die halbherzig bediente, staatsoffizielle Festtagssemantik nichts. Die vehemente konservative Kritik damit verbundener außenpolitischer »Machtvergessenheit«⁴⁵, aber auch die nun einsetzenden, generationell imprägnierten Gefechte um die Deutungshoheit über die NS-Vergangenheit im »Historikerstreit« beglaubigen nur zusätzlich diesen Befund.

Schon sehr früh hatten intellektuelle Zirkel am konservativen Rand der Union mit viel Bitterkeit ihre Enttäuschung über das hohe Maß von Kontinuität der Innen- und Außenbeziehungsweise Deutschlandpolitik, aber auch des allgemeinen Betriebs der Bonner Politik zum Ausdruck gebracht. Sie beklagten, dass die versprochene »geistig-moralische Wende« ausgeblieben sei.⁴⁶ Die CDU/CSU, die erst seit den 1970er Jahren zur »Mitgliederpartei« geworden war und über moderne Parteistrukturen verfügte, hatte gleichzeitig an »Geschlossenheit« eingebüßt.⁴⁷ Die daraus entstandene Besorgnis, eine rechtspopulistische Bewegung könne die Lücke parlamentarisch ausfüllen⁴⁸, bewahrheitete sich dann allerdings nicht, auch die »Republikaner« kamen über regional begrenzte Anfangserfolge nicht hinaus.

Wie zum Hohn auf das Postulat der »geistig-moralischen Wende« erscheint die Kette von Skandalen, die die Bonner Politik der 1980er Jahre prägte – eine Herausforderung für Ansätze einer Kulturgeschichte des Politischen. Zum einen könnte der Eindruck besonderer Skandaldichte durch eine intensivere mediale Aufmerksamkeit hervorgerufen worden sein.⁴⁹ Zum anderen sollte nicht vorschnell eine besondere Korruptierbarkeit des konservativ-liberalen Lagers behauptet werden. Die in der Presse groß aufgemachten Fälle begannen, wenn man sie in eine zeitliche Reihe ordnet, vor dem Antritt der Regierung Kohl. In die Endphase der sozial-liberalen Koalition platzte der Skandal um die gewerkschaftsnahe Wohnungs- und Städtebaugesellschaft NEUE HEIMAT, deren Schicksal damit besiegelt war; das Ende dieses Konzerns, der den Wiederaufbau in starkem Maße geprägt hatte, schien besonders sinnfällig zu beweisen, dass SPD und DGB in einem Sumpf der Korruption steckten, ihre Zeit abgelaufen war.⁵⁰ Ein Skandal, der zudem die Glaubwürdigkeit der linksliberalen oppositionellen Medien schwer erschütterte, ereignete sich kurz nach den »Wende«-Wahlen im Frühjahr 1983 bei dem Magazin »Stern«, das für eine zweistellige Millionensumme ungeprüft angebliche Tagebücher von Adolf Hitler gekauft hatte und sich damit politisch-moralisch nachhaltig diskreditierte. Die zeitliche Ko-

45 Vgl. etwa *Hans-Peter Schwarz*, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

46 *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), »Das Wort hat der Bundeskanzler«. Eine Analyse der großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002, S. 224; von einer erforderlichen »Wende« (*Hans Dietrich Genscher*, Erinnerungen, München 1995, S. 447f.) war bereits in den vorhergehenden Monaten immer wieder die Rede; zur Enttäuschung unter konservativen Intellektuellen vgl. zeitgenössisch etwa *Günter Rohrmoser*, Das Debakel. Wo bleibt die Wende?, Krefeld 1985; als kritische Analyse *Claus Leggewie*, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987.

47 Zuletzt *Franz Walter/Christian Werwath/Oliver d'Antonio*, Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2011.

48 Vgl. den einschlägigen Sammelband von *Helmut Dubiel* (Hrsg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt am Main 1986.

49 Vgl. zur typisierenden Einordnung *Michael Philipp*, Persönlich habe ich mir nichts vorzuwerfen. Politische Rücktritte in Deutschland von 1950 bis heute, München 2007.

50 Vgl. *Peter Krämper*, NEUE HEIMAT. Unternehmenspolitik und Unternehmensentwicklung im gewerkschaftlichen Wohnungs- und Städtebau 1950–1982, Stuttgart 2008. Vgl. auch den Beitrag von Peter Krämper in diesem Band.

inzidenz führte zu manchen Verschwörungstheorien, denen zufolge westdeutsche Geheimdienste das unliebsame Blatt in eine Falle gelockt hätten.⁵¹

Auch die »Flick-Affäre«, die Einblicke in die flächendeckende »Pflegerische der politischen Landschaft« durch Großkonzerne mit erheblichen Geldmitteln gestattete, begann noch vor der Ära Kohl, dauerte dann aber bis weit in die 1980er Jahre (1984 trat der später zu einer Geldstrafe verurteilte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zurück), gipfelnd in dem von Heiner Geißler als Notlüge diagnostizierten »Blackout« des Kanzlers.⁵² Letztlich zeigte dieser Skandal ein Muster, das etliche ähnliche Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik aufwies. Alle Bundestagsparteien wurden mit Geschenken bedacht, wobei sich die Summen allerdings unterschieden, weil Union und FDP in der Regel ein Vielfaches von dem erhielten, was der SPD überwiesen wurde, die aber gleichwohl deshalb mit belastet war (die Grünen erhielten in den 1980er Jahren offenbar noch keine Zuwendungen aus solchen Quellen).⁵³ Kleinere Affären, wie die um den Bundestagspräsidenten Rainer Barzel, der 1984 von seinem Amt zurücktreten musste, als bekannt wurde, dass er noch ein erhebliches zweites Einkommen von einem großen Konzern erhielt, gehörten noch in das Umfeld der politischen Landschaftspflege.

Auch thematisch ließen sich die Skandale ordnen. An die Seite des politisch Anstößigen, nicht zuletzt auf dem Feld des Umgangs mit der NS-Zeit – neben den deutschen Fällen beherrschte 1986 auch die international beachtete Waldheim-Affäre aus Österreich die Zeitungsspalten – und der Fälle von Korruption im Verhältnis von wirtschaftlicher Macht und Regierung sowie Parteien traten verstärkt Affären mit sexualpolitischem Hintergrund: So 1983, als der NATO-General Günter Kießling fälschlich als »Günter von der Bundeswehr« mit einer homosexuellen Szene in Frankfurt am Main in Verbindung gebracht wurde und darauf seinen Abschied nehmen musste, oder 1986, als der Westberliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, »der kleine Napoleon des gesunden Volksempfindens«, auch wegen der Verbindung zu einem Callgirl und deren möglicher Stasi-Kontakte seine Karriere beenden musste.⁵⁴ In der Regel mischten sich jeweils mehrere Komponenten, etwa in dem wohl spektakulärsten und geheimnisvollsten Skandal des Jahrzehnts, der sich 1987 um den schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel rankte. Im Blick auf die mediale Aufbereitung könnte sich die Untersuchung der Skandalkette als interessante Sonde für die politische Kultur der 1980er Jahre erweisen. Über den hohen Unterhaltungswert der immer neuen Skandale mochten sich die Bundesbürger jedenfalls freuen, imaginierten sie doch das allzu »Menschliche« der großen Politik in einer ansonsten nicht als dramatisch empfundenen Zeit.

Nur retrospektiv können die 1980er Jahre als Einläuten des für den Westen siegreichen Finales im Kalten Krieg und eines tiefgreifenden Wechsels westlicher Politik erscheinen:

51 Die publizistische Aufarbeitung dieses besonders spektakulären Falls wurde vornehmlich von investigativen Journalisten selbst geleistet; vgl. *Erich Kuby*, Der Fall »Stern« und die Folgen, Hamburg 1983; *Manfred Bissinger*, Hitlers Sternstunde. Kujau, Heidemann und die Millionen, Bramsche 1984; *Robert Harris*, Selling Hitler. Story of the Hitler Diaries, London 1991; *Peter-Ferdinand Koch*, Der Fund. Die Skandale des Stern – Gerd Heidemann und die Hitler-Tagebücher, Hamburg 1991; *Günther Picker*, Der Fall Kujau. Chronik eines Fälschungsskandals, Berlin 1992; *Michael Seufert*, Der Skandal um die Hitler-Tagebücher, Frankfurt am Main 2008.

52 *Hans Werner Kitz*, Die gekaufte Republik, Reinbek 1983; *Erwin K. Scheuch/Ute Scheuch*, Die Spendenkrise. Parteien außer Kontrolle, Reinbek 2000; *Norbert Frei*, Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.

53 Vgl. zu dieser Finanzierungs-konstellation *Frank Bösch*, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München 2002, S. 176.

54 Häufiger Geld aus diesen Quellen. Die Beziehungen des Christdemokraten Lummer zur rechts-extremen Szene, in: Der SPIEGEL, 7.4.1986, S. 21; vgl. auch den Titel derselben Ausgabe: CDU-Affäre Lummer. Die Berliner Schmiere.

Der Amtsantritt von Margret Thatcher⁵⁵, Ronald Reagan und des polnischen Papstes, insgesamt eine Revitalisierung propagandistischer Muster einer antikommunistischen Apotheose westlicher und nun auch wieder stärker »christlich« verbrämter Freiheits- und Menschenrechtspropaganda, zunehmende Unzufriedenheit und Opposition in den »realsozialistischen« Ländern, am sichtbarsten und radikalsten in Polen⁵⁶, aber auch in der DDR (die Kampagne »Schwerter zu Pflugscharen« begann 1982), das alles konnte von den Zeitgenossen kaum als Beginn der Auflösung des sowjetischen Blocks in einer weltpolitischen Dimension wahrgenommen werden.

Die Zeitgenossen der 1980er Jahre überblickten aber auch nicht die Folgen des sich gleichzeitig vollziehenden ideologischen Paradigmenwechsels zum radikalen anglofonen Kapitalismus in der westlichen Welt, dessen krisenhafte Hervorbringungen erst nach der Jahrtausendwende das allgemeine Bewusstsein bestimmen sollten. Der alternative Begriff des »Rheinischen Kapitalismus« wurde zwar erst Anfang der 1990er Jahre im öffentlichen Sprachgebrauch üblich. Immerhin aber gehörte das Insistieren auf der Sozialen Marktwirtschaft gegen einen puren »Erwerbskapitalismus« doch schon zur ersten Hälfte der Ära Kohl und stand als vage Distinktion zur Verfügung. Nicht zuletzt die Aufnahme von Heiner Geißler und Norbert Blüm, zwei »einflussreichen und wortgewaltigen Sozialstaatsanhängern«⁵⁷, als Minister in das Kabinett signalisierte den Willen zur Aufrechterhaltung des traditionellen Modells der Arbeitsbeziehungen und der Tarifautonomie. Es scheint, als ob im Lichte der tiefgreifenden Sozialreformen nach der Jahrtausendwende die Vertreter einer »Diskontinuitätsthese«⁵⁸, also der Annahme eines Verlassens sozialstaatlicher deutscher Traditionen bereits in den 1980er Jahren, widerlegt worden sind, aber für eine differenzierte Würdigung müsste noch weiter geforscht werden.

Wenn wir uns die bereits erwähnte »Entdeckung« der jeweiligen Dekaden durch die zeitgeschichtliche Forschung hinsichtlich der methodischen Herangehensweisen ansehen, können wir feststellen, dass die Gründerzeit der Bundesrepublik im Wiederaufbau der 1950er Jahre in den 1980er Jahren vornehmlich unter sozialhistorischen Fragestellungen untersucht wurde. Die »langen« 1960er Jahre fanden seit den späten 1990er Jahren, auf dem Höhepunkt des Zutrauens in eine schöne befreite Welt scheinbar unbegrenzter individueller Möglichkeiten, schnell Reichtum zu erwerben, intensives Interesse unter starker Einbeziehung kulturhistorischer Perspektiven; die Konzeptionierung zeitgeschichtlicher Forschung über die 1970er Jahre seit wenigen Jahren und nun auch die beginnende Untersuchung der 1980er Jahre scheint – neben dem Komplex der Verunsicherung durch den Terrorismus nach dem 11. September 2001 und einer daraus mit zu erklärenden Konjunktur für das Thema »Innere Sicherheit« – eine Renaissance der Wirtschaftsgeschichte und eine Wiederentdeckung »klassischer« sozialhistorischer Themen mit sich zu führen. Das ist im Sinne der Einspeisung zeithistorischer Kompetenz in die Suche nach Orientierung in aktuellen Debatten zu begrüßen und im Übrigen nicht verwunderlich nach dem Platzen der Blase der New Economy, der Desillusionierung neoliberaler Heilslehren vom Segen des Privaten gegenüber dem Staat.

Wenn nun gegenüber dem Ende der 1990er Jahre, als es um die Entdeckung der 1960er Jahre ging und kultursoziologische Deutungsmuster naheliegen mochten, eine neue Schwe-

55 Vgl. *Dominik Geppert*, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002; eine ähnlich konzipierte Untersuchung der Transformation von CDU/CSU bildet ein zeitgeschichtliches Desiderat.

56 Vgl. in den historischen Kontext eingebettet *Włodimir Borodziej*, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 360ff.

57 *Manfred G. Schmidt*, *Rahmenbedingungen*, in: *ders.* (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 7: 1982–1989 Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Baden-Baden 2005, S. 1–60, Zitat S. 10.

58 Ebd., S. 15.

re Platz greift, über das Postulat einer Problemgeschichte der Gegenwart die traditionelle Relevanzfrage wieder an Gewicht gewinnt, muss das aber nicht heißen, dass die Zeithistoriker einmal gewonnene Einsichten fallen lassen und hinter die erreichte Differenzierung der Perspektiven zurückfallen dürfen. Dabei geht es auch nicht lediglich um die Einbeziehung der klassischen Themen der Wirtschafts- und Sozialentwicklung auf eine neue, kulturhistorisch informierte Weise, sondern um eine völlig neue Perspektive. Gegenüber der von Sozialwissenschaftlern aus der Schule von Martin Bolte konstruierten kulturalistischen Ablösung von sozialen Interessenkämpfen durch Deutungskonkurrenzen im Zeitalter der »Erlebnisgesellschaft«⁵⁹ ist nämlich – in zeithistorischer Empirie – zu zeigen, dass soziale Interessen immer häufiger nicht direkt artikuliert, sondern in das performative Feld symbolischer Deutungskämpfe verlagert wurden (und werden)⁶⁰, aber damit eben nicht verschwanden. Dies gilt etwa für die »Risikogesellschaft«, die nach Tschernobyl in aller Munde war: Die seinerzeit behauptete grundlegende »Demokratisierung« der Risiken in der Moderne angesichts der Strahlengefahr, die Reiche wie Arme gleichermaßen betreffe, würde heute wohl allgemein als Hypostasierung von Umweltgefahren und Eskamotierung sozialer Realität gelten.⁶¹

III. RELEVANTE THEMENFELDER ZUR UNTERSUCHUNG EINES WANDELS DES POLITISCHEN IN DEN 1980ER JAHREN

Insgesamt, so wurde argumentiert, erinnern sich die Bundesbürger an die 1980er Jahre als eine außenpolitisch im Ganzen ruhige, im Windschatten des globalen Kalten Kriegs sich vollziehende undramatische Zeit mit einer weitgehenden politischen Kontinuität im Inneren. Auch wenn dies hinsichtlich der inneren politischen Auseinandersetzungen eher die zweite als die erste Hälfte des Jahrzehnts treffen mag, stellen die 1980er Jahre für die zeitgeschichtliche Forschung doch insgesamt eine konzeptionelle Herausforderung dar, die sich allerdings nicht grundlegend von jener der Untersuchung der gesamten Geschichte der Bundesrepublik unterscheidet, nämlich eine Gesellschaft im Frieden interessant darzustellen und zugleich der Falle zu entgehen, Themen entlang der medialen Aufmerksamkeitsökonomie aufzublasen, wie dies etwa für die 1970er und 1980er Jahre hinsichtlich des Themas »Linksterrorismus« konstatiert werden muss; bisweilen wurde durch dessen groteske Überforschung⁶² und noch mehr durch dessen Präsentation als Unterhal-

59 *Gerhard Schulze*, *Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt am Main/New York 1992 (geschrieben unmittelbar unter dem Eindruck der 1980er Jahre); zur soziologischen Kritik dieses immer wieder neu aufgelegten Werks vgl. unter anderem *Rainer Geißler*, *Das mehrfache Ende der Klassengesellschaft. Diagnosen sozialstrukturellen Wandels*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, 1998 (Sonderheft 38: *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*), S. 207–233, hier: S. 225ff.

60 Einführend vgl. *Ute Daniel*, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt am Main 2006; vgl. zum Stand der Diskussion *Silvia Serena Tschopp*, *Die Neue Kulturgeschichte – eine (Zwischen-)Bilanz*, in: *HZ* Bd. 289, 2009, S. 573–605, sowie die Forschungen innerhalb des Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration« der Universität Konstanz.

61 *Ulrich Beck*, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986; *ders./Anthony Giddens/Scott Lash*, *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt am Main 1996; vgl. die interessante marxistische Kritik des Soziologen *Klaus Dörre*, *Risikokapitalismus. Zur Kritik von Ulrich Becks »Weg in eine andere Moderne«*, Marburg 1988. Vgl. auch den Beitrag von Christoph Julian Wehner in diesem Band.

62 Aus der seriösen Literatur, die sich vor allem um das parallele Phänomen der medial hergestellten »moral panic« und Popularisierung »innerer Sicherheit« bemüht, vgl. *Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt* (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt am Main/New York 2006; einige der dort ver-

tungsstoff in den Medien geradezu ein Schicksalskampf konstruiert, in dem die Bundesrepublik tatsächlich existenziell durch eine reale Rote Armee im Inneren bedroht gewesen sei. Selbst noch in durchaus kritisch gemeinten Untersuchungen zur Konstruktion diesbezüglicher medialer Feindbilder schimmert die Faszination von politischer Gewalt und deren Überschätzung (da genügt ein Blick auf die harten Zahlen) vor dem Hintergrund bürgerlicher Sekurität durch. Zu untersuchen wäre auf einer Metaebene auch, inwiefern das obsessive Interesse am Linksterrorismus der 1970er und 1980er Jahre von der Wahrnehmung einer »islamistischen« Bedrohung nach dem 11. September 2001 geformt wurde.

Dieses Beispiel zeigt nur, dass Geschichte immer im Horizont der Gegenwart geschrieben wird, wobei es die Aufgabe des Historikers ist, das Gegenwartsinteresse an der Geschichte selbst wiederum nicht unreflektiert zu bedienen und auch seine eigene Zeitgebundenheit nicht zu ignorieren. Das Postulat einer Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart⁶³ sollte in diesem Sinne als stete Mahnung angesehen werden. Allerdings wendet es sich nicht gegen das Konstatieren des Faktums einer »Erfolgsgeschichte« der »alten« Bundesrepublik, die sich – mit klaren Kriterien (der lang anhaltenden Friedenszeit sowie der Ausbreitung von Demokratie und Wohlstand über vier Jahrzehnte hinweg) – auf deren Entwicklung bis zu den 1980er Jahren bezieht und, wie die Geschichtswissenschaft insgesamt, keine prognostischen Potenziale beanspruchen darf.⁶⁴ Das Konstatieren von Erfolgen muss nicht teleologische Heldenverklärung transportieren und die Ambivalenzen, retardierenden Momente und Widersprüche sowie jene Probleme glätten, die mit der allgemein positiven Entwicklung einhergingen oder sogar in ihr wurzelten. Im Gegenteil, die der Erfolgsgeschichte inhärenten Probleme lassen sich nur in deren Rahmen verstehen. Zudem gibt das Postulat einer Problemgeschichte der Gegenwart, von manchen vorschnell als Passepartout willkommen geheißen, noch keine Auskunft darüber, welche gegenwärtigen Probleme denn ausgewählt werden sollen für eine zeithistorische Untersuchung, denn diese bestehen ja nicht als fixe objektive Größen, sondern sind Produkt unterschiedlicher geschichtspolitischer Interessen und zugehöriger diskursiver medialer Strategien, vermengt mit wissenschaftsimmanenten Tendenzen. Oder gibt es, um nur ein Beispiel zu nennen, etwa einen Konsens darüber, was die Probleme unseres heutigen Sozialsystems eher hervorgerufen hat, die Ausweitung sozialer Leistungen in den 1950er, 1960er, 1970er oder 1980er Jahren oder die marktradikalen Privatisierungsorgien staatlicher und nicht zuletzt kommunaler Infrastruktur, die Deregulierung der Finanzmärkte und die systematische Steuerbegünstigung großer Vermögen in den letzten Jahrzehnten?⁶⁵ Je nachdem dürften andere Forschungsstrategien vorgeschlagen werden. Und andere halten vielleicht diese Probleme überhaupt für nachrangig gegenüber den atompolitischen Weichenstellungen der 1970er und 1980er Jahre.

»Hermeneutische« Zugänge könnten zunächst jene Debatten in der »alten« Bundesrepublik bieten, die aus heutiger Sicht besonders krasse Unterschiede präsentieren, in denen aber auch der weite Weg deutlich wird, der seit dem westdeutschen Wiederaufbau bereits zurückgelegt worden war. Dies gilt zum Beispiel für die heute seltsam anmutenden Pro-

tretenen Autoren, etwa Hanno Balz und Gisela Diewald-Kerkmann, sind auch mit monografischen Studien hervorgetreten.

63 Vgl. *Hans Günter Hockerts*, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* Bd. 113, 1993, S. 98–127.

64 Vgl. *Andreas Rödder*, *Das »Modell Deutschland« zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose*, in: *VfZ*, 54, 2006, S. 345–363.

65 Letztere konstituieren ein tragendes Motiv der Darstellung von *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: *Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2008; vgl. *Gustav A. Horn*, *Des Reichthums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert*, Frankfurt am Main/New York 2011.

teste gegen den »Überwachungsstaat« am Beispiel der Volkszählung und des neuen maschinenlesbaren Personalausweises.⁶⁶ Orwells Visionen schienen dadurch beglaubigt, wobei sich zugleich – wie schon im Fall der Notstandsgesetzgebung 1968 – manchen Beobachtern Analogien zur Politik des »Dritten Reichs« aufdrängten.⁶⁷ Die Zeitgenossen konnten nicht ahnen, dass 30 Jahre später das Monopol staatlichen Arkanwissens durch Wiki-Leaks erschüttert werden sollte, während gleichzeitig – nicht nur in Deutschland – vor allem große Teile vornehmlich der jüngeren Generation unbefangene persönliche Daten privaten Netzbetreibern anvertrauen würden. Der intertemporale Vergleich des politischen Umgangs mit Daten und der gesellschaftlichen Sensibilität für dieses Thema mag als ein im weiten Sinne politikgeschichtliches Beispiel für eine Einbettung der 1980er Jahre in die Geschichte der Bundesrepublik gelten. Dabei ist augenfällig, dass in der Frühphase der christlich-liberalen Koalition Ängste vor einer Gefährdung erreichter liberaler Standards durch den Staat noch unschwer evoziert werden konnten, während ähnliche Gefahren heute wohl vor allem auf der Seite multinationaler Medienkonzerne und anderer privater Mächte vermutet würden.

Ein krasses Beispiel aus der Sozialpolitik für eine gegenwärtig – angesichts der Entscheidung für das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren und zahlreichen noch weiter reichenden Forderungen – nur noch als skurril wahrgenommene Debatte der frühen 1980er Jahre, als geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängten, war jene über die Rente mit 58 Jahren. Zu verstehen ist diese Debatte nicht ohne die – hier nicht differenziert zu entfaltende – Problematik der Massenarbeitslosigkeit, die sich in zwei Schüben seit Mitte der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre ausbreitete, nachdem sie im Wiederaufbau für nahezu zwei Jahrzehnte verschwunden war. 1975 wurde die Millionengrenze registrierter Arbeitsloser erstmals wieder überschritten. Diese Zahl hatte sich bis zum Antritt der Regierung Kohl verdoppelt und konnte in den folgenden Jahren – bis zum Ende der »alten« Bundesrepublik – kaum gesenkt werden. Damit verbrauchte sich auch bald das Argument, die wirtschaftspolitischen Probleme rührten aus der vorhergehenden sozialdemokratischen Regierungszeit – abgesehen einmal von der durch FDP-Minister hergestellten Kontinuität im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eher wurden nun Vergleiche mit anderen europäischen Ländern angestellt, lagen doch die Arbeitslosenquoten in Großbritannien und Frankreich, vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, sehr viel höher als in der Bundesrepublik. Die Massenarbeitslosigkeit setzte den Rahmen nicht nur für die sozialpolitischen Debatten im engeren Sinne, sondern generierte beträchtliche Ängste vor einer »Einwanderung« in die deutschen Sozialsysteme durch Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt und schuf Aufnahmebereitschaft für fremdenfeindliche Stimmungen mit beträchtlichen Auswirkungen in der politisch-kulturellen Sphäre.

Um die Herausforderungen des Arbeitsmarkts, speziell die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bewältigen, schien die gerechte Verteilung der Arbeit⁶⁸, die jungen Menschen eine Chance geben sollte, unerlässlich. Kritische Stimmen argumentierten dagegen: »Wer nicht arbeitet, wird schneller alt.«⁶⁹ Auch an diesem Beispiel ließe sich zeigen, wie die 1980er

66 SPIEGEL-Titel: Totale Überwachung. Der neue Personalausweis, in: Der SPIEGEL, 8.8.1983; vgl. zur Volkszählung die Titel der SPIEGEL-Ausgaben vom 28.3.1983 und 18.4.1983, sowie zur darauf folgenden Volkszählung den Titel: Volkszählung: mitmachen, mogeln, boykottieren?, in: Der SPIEGEL, 18.5.1987. Vgl. auch den Beitrag von Larry Frohman in diesem Band.

67 Vgl. Jürgen Taeger (Hrsg.), Die Volkszählung, Reinbek 1983; Götz Aly, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984.

68 In diesem Zusammenhang ist auch auf die Debatte um den Vorschlag von Oskar Lafontaine 1987/88 zu erwähnen, der eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich vorschlug und dabei auf heftige Kritik aus den Gewerkschaften stieß.

69 SPIEGEL-Titel: Mit 58 in Rente?, in: Der SPIEGEL, 24.10.1983; vgl. zur Rentendiskussion Winfried Schmähl, Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene, in: Schmidt, Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, S. 315–388, hier: S. 354ff.

Jahre historisiert werden könnten, denn noch zwei Jahrzehnte zuvor wäre eine solche Diskussion – wie heute wieder – nicht denkbar gewesen, als in der Hochkonjunktur der 1960er Jahre Lehrlinge mit Sparverträgen und Mopeds von den Unternehmen gelockt wurden, als die Arbeitnehmer eine so starke Position hatten, dass sie auf gewerkschaftliche Kämpfe weitgehend verzichteten, und als Millionen ›Gastarbeiter‹ ins Land geholt wurden.

Solche Ansatzpunkte für eine Historisierung der 1980er Jahre ließen sich vermehren. An dieser Stelle muss aber nochmals betont werden, dass eine Sicht allein auf dieses Jahrzehnt, so sehr sie dem pragmatischen Vorgehen einer der Gegenwart stetig folgenden Zeitgeschichte entsprechen mag, hochgradig problematisch ist; nicht so sehr wegen der riskanten Nähe zur Gegenwart – diesbezügliche, sehr deutsche Bedenken gegenüber einem subjektiven Tunnelblick und angeblich fehlenden Quellen sind längst relativiert worden –, sondern wegen der zu engen Betrachtung sehr kurzer Zeiträume. Dadurch werden ereignisgeschichtliche, vor allem politikgeschichtliche Themen ›automatisch‹ privilegiert, Zugänge der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte, die häufig nur in der Betrachtung eines längeren Zeitraums verständlich werden, aber tendenziell ausgeklammert. Dies ist stets mit zu denken, wenn ein kürzerer Zeitraum wie die 1980er Jahre genauer betrachtet wird.

In einer groben Unterteilung sollten deshalb Entwicklungen unterschieden werden, die durch die 1980er Jahre hindurch liefen, die in jenem Jahrzehnt ausliefen, etwa der Kalte Krieg, obwohl angesichts der Folgewirkungen auch hier kein totaler Schlusspunkt zu setzen wäre, und solchen, die dort ihren Ausgang nahmen, den Take-off aber erst später erlebten. So dürfte es dem jetzigen Stand der Forschung entsprechen, dass die Frauenbewegung und deren Erfolge, die häufig als Element der Revolte von 1968 fungieren, eher die 1970er Jahre kennzeichnen⁷⁰, ohne dass die Emanzipationsprozesse in den 1980er Jahren abbrachen. Die Einrichtung von Frauenhäusern seit dem Beginn des Jahrzehnts⁷¹ etwa zeigt vielmehr den Übergang in eine institutionelle Phase. Ein bilanzierender Artikel vom Ende der 1980er Jahre unterschied bereits vier Phasen der Frauenbewegung, den »Aufbruch« nach 1968, die »Konsolidierung« bis zur Mitte der 1970er Jahre, den Übergang zu »Projekten einer feministischen Gegenkultur« seit etwa 1977 und schließlich die erreichte »Stärke der Vielfalt« durch eine »Differenzierung« seit etwa 1983.⁷² Dabei meint Institutionalisierung nicht nur die Schaffung organisatorischer Formen, sondern auch die Differenzierung der Bewegung sowie die Etablierung eines breiten Diskurses um den »Abschied von der Männergesellschaft« bis in die CDU/CSU hinein, in deren programmatischer Erneuerung im Zeichen der »Neuen sozialen Frage« der sanften Macht der Familienpolitik eine hohe Bedeutung zukam.⁷³

Ähnliches lässt sich für die Umweltschutz-Bewegungen beobachten. Die Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel wurde durch die Einrichtung eines eigenen Ministeriums nach der Katastrophe von Tschernobyl symbolisiert. Insofern ließe sich von den

70 Vgl. Ute Frevert, Umbruch der Geschlechterverhältnisse? Die 60er Jahre als geschlechterpolitischer Experimentierraum, in: *Schildt/Siegfried/Lammers*, Dynamische Zeiten, S. 642–660; zuletzt die instruktive Lokalstudie von *Elisabeth Zellmer*, Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München, München 2011.

71 Vgl. etwa *Carol Hagemann-White/Barbara Kavemann/Johanna Kootz* u. a., Das Modellprojekt »Frauenhaus Berlin«. Hilfen für mißhandelte Frauen, in: APuZ 1981, Nr. 45, S. 39–54.

72 *Birgit Meyer*, Viel bewegt – auch viel erreicht? Frauengeschichte und Frauenbewegung in der Bundesrepublik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44, 1989, S. 832–842.

73 Vgl. *Heiner Geißler* (Hrsg.), Abschied von der Männergesellschaft. Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Frankfurt am Main 1986; zum Kontext *Peter J. Grafe*, Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU, Reinbek 1986; *Hans-Jürgen Lange*, Responsivität und Organisation. Eine Studie über die Modernisierung der CDU von 1973–1989, Marburg 1994.

1980er Jahren auch als einer Phase der Institutionalisierung neuer Themen und sozialer Bewegungen sprechen, die nun sogar auf das Verwaltungshandeln auf verschiedenen Ebenen einwirkten.⁷⁴

Während diese Sicht vor allem die 1970er und 1980er Jahre in einen engen Zusammenhang rückt, zeigt der Blick auf die Medialisierung der Gesellschaft, dass es Themen von aktueller Bedeutung gibt, die hinsichtlich ihrer lebensweltlichen Dimension erst im letzten Jahrzehnt der ›alten‹ Bundesrepublik oder noch später ihren Anfang nahmen; Fernsehen als private Veranstaltung gab es seit Mitte der 1980er Jahre und zugleich war jenes Jahrzehnt das letzte ohne »Handys«.

Abschließend sollen einige Forschungsfelder und -perspektiven, in ihrer Reihung subjektiv ausgewählt, aber von evidenter Gegenwartsrelevanz, genannt werden, die zugleich für die Erklärung der 1980er Jahre als letztem Abschnitt der ›alten‹ Bundesrepublik zentral sind. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wo wir mehr und vor allem mehr genuin zeitgeschichtliche Forschung benötigen. Denn so hilfreiche historisierende Bemühungen benachbarter Disziplinen sein mögen, entheben sie uns doch nicht eigener geschichtswissenschaftlicher Anstrengungen, schon wegen des zu Recht betonten Doppelcharakters von empirisch-wissenschaftlicher Expertise und zeitgebundener Quelle.⁷⁵ Die hier genannten Forschungsfelder⁷⁶ lassen sich nicht nur vielfältig verknüpfen, sondern überlappen sich zum Teil und erzwingen geradezu eine Kombination der Perspektiven.

Vorab lässt sich deshalb über das im Folgenden skizzierte Tableau von Themen zum einen sagen, dass auch für Forschungen mit dem Ansatz einer »Kulturgeschichte des Politischen« oder einer »Neuen Politikgeschichte« mit ihrem starken Interesse am Politischen als Kommunikationsprozess⁷⁷ sozialhistorische Hintergründe differenziert zu berücksichtigen sind, weil die semantische Deutung performativer Akte ansonsten empirisch hohl bleiben muss. Zum anderen sollte eine schematische und vorschnelle Einordnung in das klassische Viereck wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer und kultureller Sektoren vermieden werden, wird doch für die jüngste Zeitgeschichte die Veränderung des Verhältnisses dieser Seiten zueinander in systemischer und lebensweltlicher Hinsicht selbst zur Forschungsfrage. Die Diskussion und Forschung zur »Strukturbruch«-These seit den 1970er Jahren mit ihren sozialhistorischen Weiterungen, der Diskussion um die Veränderung des Verhältnisses von Arbeitswelt(en)⁷⁸ und einer sich ausdifferenzierenden Konsumsphäre⁷⁹, der »Erosion der traditionellen Arbeitsbiographien und -lebensläufe« bei Männern und Frauen⁸⁰ nach dem »Fordismus« beziehungsweise dem Ende

74 Vgl. konzeptionell *Jens Ivo Engels*, »Inkorporierung« und »Normalisierung« einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 2008, Nr. 40, S. 81–101.

75 Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, *Nach dem Boom*, S. 56ff.

76 Sie überschneiden sich zum Teil mit den Vorschlägen ebd., S. 91ff., die allerdings auf den westeuropäischen Rahmen und unbestimmtere Zeiträume abheben.

77 Vgl. *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28, 2002, S. 576–606; *Ute Frevert*, Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: *dies./Heinz-Gerhard Haupt* (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 7–26.

78 Vgl. die Beiträge in *Andresen/Bitzegeio/Mittag*, »Nach dem Strukturbruch«, die zwar auf die 1970er Jahre fokussieren, aber auch für die 1980er Jahre viele Hinweise liefern.

79 Vgl. *Schildt/Siegfried*, *Deutsche Kulturgeschichte*, S. 406ff.

80 Vgl. *Andreas Wirsching*, Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft, in: *VfZ* 57, 2009, S. 171–199, Zitat S. 198; vgl. *dies.*, *Erwerbsbiographien und Privatheitsformen. Die Entstandardisierung von Lebensläufen*, in: *Thomas Raithe/Andreas Rödder/Andreas Wirsching* (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 83–97.

der »industriellen Moderne« haben mittlerweile eingesetzt.⁸¹ Andreas Wirsching hebt hervor, dass es »zu den auffallendsten Phänomenen der jüngsten politischen Kultur- und Ideengeschichte« gehöre, dass die traditionelle Konsumkritik seit den 1980er Jahren »weitgehend verstummt« und an deren Stelle die »grundsätzliche Akzeptanz eines historisch ganz anders gewachsenen Modells getreten sei: des amerikanischen Prosperitätsmodells«⁸²; allerdings ist die Intensität der Forschung auf diesem Feld sehr ungleichgewichtig. Die Forschung scheint sich bisher vor allem auf Tendenzen in der industriellen Arbeitswelt beziehungsweise der »Deindustrialisierung« unter der krassen zeitgenössischen Formel vom »Ende der Arbeitsgesellschaft«, zum Teil auch auf die Sphäre des Konsums zu beziehen, aber zum Beispiel kaum auf die Entwicklung der Finanzwelt unter Einschluss lebensweltlicher Dimensionen; angesichts der Gegenwartsrelevanz kennzeichnet dies eine Schiefelage.

Hinsichtlich der Krisenwahrnehmung und -periodisierung wird eine stärkere Einbeziehung der 1980er Jahre unter Umständen zu einer erweiterten Perspektive auf den »Strukturbruch« führen, sahen sich doch viele Zeitgenossen – nicht nur in der Bundesrepublik⁸³ – in einer seit 1973/74 anhaltenden permanenten Krise, während eine sektorale volkswirtschaftliche Betrachtung – etwa der Hafenwirtschaft – entscheidende Einbrüche erst um 1980 entdecken lässt.⁸⁴ Die Ungleichzeitigkeit der Krisenwahrnehmung ist nicht zuletzt im Blick auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Kämpfe in den 1980er Jahren von hoher Bedeutung.

Mit den Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelt verbunden war die Migration der 1980er Jahre. Während die Zahl und der Anteil der Ausländer (eine sehr grobe Kennziffer) in der Bundesrepublik nur sehr allmählich und keineswegs dramatisch anstiegen (von 4,5 Millionen beziehungsweise 7,2% 1980 auf 4,8 Millionen beziehungsweise 7,7% 1989), nahm die Bedeutung migrantischer Gruppen sowie des Umgangs (Stichwort: »Integration«) mit diesen⁸⁵ stark zu; in der Endphase der »alten« Bundesrepublik zeichnete sich immer deutlicher ab, dass sich auf Dauer neue nationale, ethnische und kulturelle Gruppen niedergelassen hatten. Hineinragend in die Vereinigungsgesellschaft fanden die Debatten über Deutschland als »Einwanderungsland« und, bald zur konservativen Stigmatisierungsformel avanciert, »Multikulti« statt. Die Migration, die nach dem Anwerbestopp für »Gastarbeiter« 1973 nun vor allem den »Familiennachzug« und darüber hinaus andere Gruppen betraf, war über die gesamten 1980er Jahre hinweg eines der Themen mit den heftigsten Kontroversen. Die Steigerungsraten bei sogenannten Spätaussiedlern und bei Asylbewerbern beziehungsweise »Wirtschaftsflüchtlingen« – die Zahl der Anträge auf Gewährung von Asyl verzehnfachten sich zwischen 1977 und 1980 auf circa 150.000 – wurden vor allem als Menetekel einer »Überfremdung« öffentlich kommuniziert; das Problem manifester »Ausländerfeindlichkeit« erschütterte periodisch die politische Öffentlichkeit. Auch wenn rechtsextreme Parolen und Gewalttaten dort kaum Beifall fanden, galten doch jene, die den Zuzug von Menschen aus fremden Kulturen und Ethnien als nachbarschaftliche Bereicherung ausdrücklich begrüßten, in den Medien häu-

81 Martin Geyer hat in einem Literaturbericht über neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre (vgl. Anm. 2) seine Skepsis hinsichtlich eines inflationierten Fordismus- und Postfordismus-Begriffs ausgedrückt, der zur Allerweltsformel zu gerinnen drohe. Das wäre eingehend zu diskutieren, dient doch die kritisierte Begrifflichkeit vorläufig als Klammer für die 1970er und 1980er Jahre – und darüber hinaus.

82 Wirsching, Konsum statt Arbeit, S. 179.

83 Vgl. die Beiträge in: *Journal of Modern European History* 9, 2011, H. 2.

84 Dies zeigen erste Befunde einer Geschichte des Hamburger Hafens; das Projekt bearbeitet Christoph Strupp an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte.

85 Die Zahlen nach Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, S. 198 und 233.

fig als naive Träumer. Die aggressive Leitkultur-Debatte nach der Jahrtausendwende, in der vielfach eine Integration gefordert wurde, die einer Assimilation gleich, hatte hier eine ihrer Wurzeln. Welche Prozesse der Integration, Segregation und Desintegration mit der Zuwanderung verschiedener Gruppen aus unterschiedlichen Kulturen und Ethnien einhergingen, ist für die jüngste Zeitgeschichte noch kaum untersucht worden. Dies betrifft vor allem die Veränderungen urbaner Kulturen und kommunaler Politikfelder, die selbstverständlich nicht auf die 1980er Jahre zu begrenzen sind.

Auf dem Feld der zeitgeschichtlichen Migrationsforschung stellen sich aber nicht nur empirische Aufgaben. Zugleich bedarf es hier grundsätzlicher theoretischer Klärungen, etwa im Blick auf kulturhistorisch und von den Postcolonial Studies inspirierte Konzepte des Hybriden zwischen Identität und Alterität; die Überwindung eines simplen Dualismus von Integration und Desintegration könnte zu einer differenzierteren Begrifflichkeit führen, sodass die jüngste Zeitgeschichte nicht zuletzt der Ort einer fruchtbaren Synthese von Migrations- und Stadtgeschichte werden würde.

Damit zusammenhängend ergeben sich wichtige Themen der Bildungsgeschichte; abgesehen davon, dass diese insgesamt ein stiefmütterliches Dasein führt, haben Zeithistoriker bisher kaum Interesse für Schulen, Hochschulen und andere Stätten der Aus- und Fortbildung als Schnittstelle des Zusammentreffens sozialer Gruppen gezeigt. Die 1970er Jahre, aber auch noch die 1980er Jahre werden allgemein als Phase breiter Bildungsexpansion angesehen. Das zusammenfassende Urteil eines Bildungsforschers über die 1980er Jahre lautet: »Von einem drastischen Kurswechsel in der Bildungspolitik nach 1982 konnte insgesamt keine Rede sein.«⁸⁶ Der Schüleranteil (siebte Klasse) an Integrierten Gesamtschulen lag 1980/81 bei 3,7% und 1990/91 bei 6,4%, mit föderalismuspezifischen starken Unterschieden. Welche schulischen Realitäten aber hinter solch hoch aggregierten statistischen Befunden⁸⁷ standen, müsste erst noch untersucht werden. Über quantifizierende bildungssoziologische Studien hinaus gibt es kaum differenzierte Schilderungen schulischer Lebenswelten in zeitgeschichtlicher Perspektive, obwohl Quellen unterschiedlicher Provenienz massenhaft zur Verfügung stehen würden.⁸⁸

Dies gilt auch für die Hochschulen, deren enormes Wachstum aufseiten der Studierenden, nicht hingegen des Lehrpersonals, sich auch in den 1980er Jahren fortsetzte: 1980 gab es 976.000 Studierende (Bafög-Förderung 34,8%), 1989 1.438.000 Studierende (Bafög-Förderung 27,8%).⁸⁹ Am Ende des Jahrzehnts erlebten die Hochschulen die breiteste Protestwelle ihrer Geschichte⁹⁰, die heute gänzlich vergessen scheint. Besonders merk-

86 Oskar Anweiler, Bildungspolitik, in: Schmidt, *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, S. 565–600, Zitat S. 567; vgl. mit kulturpessimistischen Untertönen auch Jörg-Dieter Gauger, *Kultur und Schule: vom Verschwinden des kulturellen Gedächtnisses*, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, Köln/Weimar etc. 2008, S. 637–654; eine knappe Skizze zur Einordnung in die Systemauseinandersetzung bei Andreas Wirsching, *Bildung als Wettbewerbsstrategie*, in: Bernd Greiner/Tim B. Müller/Claudia Weber (Hrsg.), *Macht und Geist im Kalten Krieg*, Hamburg 2011, S. 223–238.

87 Vgl. Hermann L. Gukenbiehl, *Bildung und Bildungssystem*, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen 1998, S. 85–100; Christoph Führ/Carl-Ludwig Furck (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. VI/1: 1945 bis zur Gegenwart. Bundesrepublik Deutschland, München 1998.

88 Hans Maier, *Fortschrittoptimismus oder Zukunftspessimismus. Die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren*, in: VfZ 56, 2008, S. 1–17, hier: S. 11–15.

89 Anweiler, *Bildungspolitik*, S. 594; vgl. Ralph Jessen, *Massenbildung, Unterfinanzierung und Stagnation. Ost- und westdeutsche Universitäten der siebziger und achtziger Jahre*, in: Michael Grüttner/Rüdiger Hachmann/Konrad H. Jarausch u. a. (Hrsg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 261–278.

90 Vgl. Dorothee Beck, *Die neue Unruhe. Zwischenbilanz der Ereignisse an den Hochschulen im Winter 1988/89*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 34, 1989, S. 171–185.

würdig mutet an, dass die Reformen zur Überwindung der humboldtschen Bildungsidee, die in die Sümpfe von Bologna führten – wahrlich eine Problemgeschichte der Gegenwart – bisher noch kaum zeithistorische Beachtung gefunden haben.⁹¹ Die Bedeutung der 1980er Jahre bleibt in diesem längerfristigen Prozess, der keineswegs bereits abgeschlossen ist, noch zu bestimmen.⁹²

Die Herausbildung eines »alternativen Milieus« in den 1970er Jahren ist mittlerweile zu einem bevorzugten Thema geworden; erste Studien zu den Neuen sozialen Bewegungen, zu Protesten um sogenannte Gattungsfragen, der durch Waldsterben, Gentechnologie, Atomrüstung und zivile Nutzung der Atomenergie bedrohten Umwelt liegen vor oder sind in Bearbeitung⁹³; dabei wird zum einen der Zusammenhang zwischen Ligaturen des Milieus und der Praxis in lokalen, regionalen und schließlich nationalen Zusammenschlüssen zentrale Aufmerksamkeit verdienen, etwa die Akteure und Netzwerke der Friedensbewegung⁹⁴ oder der Grünen als daraus erwachsener »Anti-Parteien-Partei«.⁹⁵ Zum anderen zeigt dieses Themenfeld, dass Transnationalität nicht als modische Alternative zu deutscher Geschichte, sondern als aus dieser notwendig hervorstechende Dimension zu verstehen ist. Als Beispiel mag die Organisation »Greenpeace« dienen, deren erste Aktion in der Bundesrepublik im Juni 1981 in Hamburg stattfand, als zwei Gestalten mit gelben Schutzanzügen und Gasmasken einen Schornstein des Hamburger Chemiewerks Boehringer bestiegen – eine Aktion, die von vornherein auf eine breite Medienöffentlichkeit, nicht zuletzt auf spektakuläre Fernsehbilder, ausgerichtet war.⁹⁶ Von Interesse ist die Fortschreibung der Umweltbewegungen aber nicht um ihrer selbst willen, sondern hinsichtlich ihrer charakteristischen Bedeutungsjunktoren. Joachim Radkau spricht von einer »Umweltkonjunktur von Tschernobyl bis Rio, 1986–1992« und gleichzeitig von einer »Zeitenwende um 1990«, die mit dem »Paradigmenwechsel von der sozialen zur Generationengerechtigkeit« verbunden sei.⁹⁷ Dieser Zusammenhang wäre näher zu untersuchen, denn die Kombination der in den Hintergrund gedrängten sozialen Frage, der Umweltkonjunktur und anderer Themen des alternativen Milieus sowie der (Ideologie der) Generationengerechtigkeit scheint zumindest in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre

91 Vgl. zu PISA und »Bologna« etwa die bitteren Kritiken des Philosophen *Konrad Paul Liessmann*, *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft*, München 2011, sowie des Sprachwissenschaftlers *Clemens Knobloch*, *Wir sind doch nicht blöd! Die unternehmerische Hochschule*, Münster 2010; eine zeitgenössische Quelle sind die fortlaufenden Berichterstattungen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in »Lehre und Forschung«, dem Organ des Deutschen Hochschullehrerverbands, sowie die Stellungnahmen des Wissenschaftsrats, der Bertelsmann-Stiftung und einige Artikel in der Wochenzeitung »Die ZEIT«; zu einem der Protagonisten vgl. *Olaf Bartz*, *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*, Stuttgart 2007, S. 132ff.

92 Eine instruktive Historisierung unternimmt *Margit Szöllösi-Janze*, »Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flasche!«. Der Exzellenzwettbewerb zwischen deutschen Universitäten in historischer Perspektive, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14, 2011, S. 59–73.

93 Vgl. vor allem die Aufsätze in *Sven Reichardt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010; die Darstellung des besonders wichtigen Bereichs der Naturschutz- und Umweltbewegung reicht bis 1980: *Jens Ivo Engels*, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensgeschichte in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn/München etc. 2006; *Susanne Schregel*, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985*, Frankfurt am Main/New York 2011.

94 Vgl. etwa die in Anm. 36 genannte Literatur.

95 Vgl. *Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«; *Saskia Richter*, *Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly*, München 2010. Vgl. auch den Beitrag von Silke Mende in diesem Band.

96 SPIEGEL-Titel: *Aktion Green Peace. Jagd auf die Umwelt-Frevler*, in: *Der SPIEGEL*, 6.9.1982.

97 *Joachim Radkau*, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011, S. 488.

die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik in starkem Maße bestimmt zu haben. Eine Geschichte des alternativen Milieus seit den 1980er Jahren hätte in diesem Zusammenhang auch zu fragen, inwiefern dem deregulierten Kapitalismus daraus ein Potenzial kreativer Intelligenz erwuchs.

Auch für die Jugendkulturen im engeren Sinn, ein für die Zeit bis zu den 1980er Jahren intensiv beforschtes Thema⁹⁸, wäre eine Fortschreibung sehr wichtig. Phänomene wie die »Jugendkrawalle«, vor allem in Form symbolträchtiger Hausbesetzungen, in etlichen europäischen Ländern (Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Dänemark) um 1980 führten zu breiten Diskussionen in der zeitgenössischen Öffentlichkeit⁹⁹, die bisher noch kaum aufgearbeitet sind.¹⁰⁰ Es scheint, dass sich im Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren erhebliche Einstellungsveränderungen in der Jugend, zumal im akademischen Nachwuchs, vollzogen.¹⁰¹ Dazu zählt auch, nicht zuletzt im Umkreis der Umwelt- und der Frauenbewegungen, die Propagierung einer neuen Subjektivität. Wer um 1980 in einer westdeutschen Universitätsstadt nach längerer Abwesenheit einen der um 1968 etablierten linken Buchläden besuchte, stieß nun statt auf sozialistische Klassiker häufig auf eine reichhaltige Auswahl esoterischer Literatur.¹⁰² Vor diesem Hintergrund könnte die Untersuchung jugendlicher und alternativer Milieus als Sonde für allgemeinere kulturelle – bis hin zu religiösen – Tendenzen dienen.

Als weiteres Feld zu nennen sind (Massen-)Medien und Öffentlichkeit, die für die Ausbreitung sozialer Bewegungen sehr wichtig waren (und sind).¹⁰³ Vielleicht sollte man besser von der dritten Stufe einer massenmedialen Revolution im 20. Jahrhundert sprechen.¹⁰⁴ Nach der Etablierung des Radios von den 1920er bis zu den 1950er Jahren und der Durchsetzung des Fernsehens als häusliches Leitmedium in den 1960er und 1970er Jahren entstand Mitte der 1980er Jahre – und zwar in allen westeuropäischen Ländern unabhängig von deren jeweiliger Regierungsfarbe nahezu gleichzeitig (auch dies wiederum ein Beleg dafür, dass eine transnationale Dimension nicht künstlich implantiert werden muss) – vor dem Hintergrund der neuen technischen Möglichkeiten von Kabel und Satellit

98 Vgl. vor allem *Detlef Siegfried*, *Time Is on My Side*. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006 (die Darstellung reicht bis 1973).

99 Vgl. etwa *Ingrid Müller-Münch/Wolfgang Prossinger/Sabine Rosenblatt* u. a., *Besetzung – weil das Wünschen nicht geholfen hat*. Köln, Freiburg, Gorbien, Zürich und Berlin, Reinbek 1981; *Klaus Dörre*, *In den Straßen steigt das Fieber*. Jugend in der Bundesrepublik, Köln 1982.

100 Ein von der DFG gefördertes Projekt über die Jugendzentrumsbewegung der 1970er und 1980er Jahre wird an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg von David Templin bearbeitet. Vgl. auch *Andreas Suttner*, »Beton brennt«. Hausbesetzer und Selbstverwaltung in Berlin, Wien und Zürich der 80er, Wien/Berlin etc. 2011.

101 Vgl. dazu vornehmlich auf Basis der Shell-Jugendstudien seit 1953 den soliden Überblick von *Jürgen Zinnecker*, *Jugendkultur 1940–1985*, Opladen 1987.

102 Zum alternativen Buchmarkt *Adelheid von Saldern*, »Markt für Marx« – Literaturbetrieb und Lesebewegungen in der Bundesrepublik in den Sechziger- und Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 149–180; *Uwe Sonnenberg*, Der Verband des linken Buchhandels (VLB) in den 1970er Jahren: Ein Netzwerk innerhalb der Netzwerke, in: *Cordia Baumann/Sebastian Gehrig/Nicolas Büchse* (Hrsg.), *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg 2011, S. 161–188; zum Vordringen esoterischer Strömungen vgl. *Pascal Eitler*, »Alternative« Religion. Subjektivierungspraktiken und Politisierungsstrategien im »New Age« (Westdeutschland 1970–1990), in: *Reichardt/Siegfried*, *Das Alternative Milieu*, S. 335–352.

103 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck*, Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 42, 1990, S. 642–662.

104 Vgl. *Axel Schildt*, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: GG 27, 2001, S. 177–206; *Holger Nehring*, Debatten in der medialisierten Gesellschaft. Bundesdeutsche Massenmedien in den globalen Transformationsprozessen der siebziger und achtziger Jahre, in: *Raithe/Rödder/Wirsching*, *Auf dem Weg*, S. 45–65.

das sogenannte duale System von staatlichen beziehungsweise öffentlich-rechtlichen und kommerziellen privaten Anbietern von Radio- und Fernsehprogrammen mit einer Vervielfachung des Angebots für die Konsumenten¹⁰⁵; im Übrigen waren die 1980er Jahre – in diesem Falle im engeren Sinn – die Dekade der häuslichen Video-Geräte; im SPIEGEL hieß es mit Hinweis auf das laufende Weihnachtsgeschäft: »In Bundesdeutschland ist 1980 das VIDEO-Zeitalter ausgebrochen«¹⁰⁶; 1990 war nahezu die Hälfte der Haushalte in der Bundesrepublik mit Video-Geräten ausgestattet, sodass sich im Dispositiv, dem Verhältnis von technischem Medium, Programm und Konsument, erhebliche Veränderungen ergaben, die bisher noch kaum zeitgeschichtlich erfasst sind.

Die massenmediale Modernisierung war aber nur der Anfang und ein Teilaspekt umfangreicher, technisch induzierter lebensweltlicher Veränderungen, die in den 1980er Jahren ihre Anfänge, den Take-off hingegen erst in den 1990er Jahren erlebten; dies gilt für die Ausstattung der Haushalte mit dem Personal Computer, etwa des seit 1981 erfolgreich vertriebenen Commodore 64, nachdem die »Computerisierung« bereits die Arbeitswelt der 1970er Jahre zunehmend geprägt hatte. Das Zusammenwachsen von Informations- und Kommunikationsmedien, der Siegeszug des mobilen Telefons und der Gebrauch des Internets verweisen dann auf die 1990er Jahre. Die zeitgeschichtliche Untersuchung dieser medialen Revolution in allen auch politisch bedeutsamen Facetten wird zu einer wichtigen Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung werden, hängen damit doch sehr wichtige Fragen zusammen, wie etwa die nach der Verdichtung von Zeitwahrnehmungen und zunehmendem Tempo des »modernen Lebens« mit allen Implikationen bis hin zur Frage nach dem Verhältnis von Gesundheit und Krankheit.¹⁰⁷

Die durch die massenmediale Revolution erzeugten Veränderungen nicht nur privater Lebenswelten, sondern auch der politischen Öffentlichkeit seit den 1980er Jahren sind bisher ebenfalls kaum untersucht worden. Dies verweist auf die ausstehende Analyse neuer Anordnungen von Machtbeziehungen im Dreieck von Politik, wirtschaftlichen und anderen Lobbyinteressen sowie medialer Präsentation, die das letzte Jahrzehnt der »alten« Bundesrepublik prägten.

Mentalitätsgeschichtliche Zugänge, wiewohl methodisch nicht unproblematisch, da angesiedelt auf einer Ebene zwischen permanenter Begleitung der Moderne und zeitgeschichtlicher Spezifik, könnten die Sicht auf alltagsgeschichtliche Hintergründe der politischen Kultur freilegen. Notwendig wäre in diesem Zusammenhang etwa eine Überprüfung der These von der »Umkehrung des Fortschrittsparadigmas in den siebziger und achtziger Jahren«¹⁰⁸, die bereits von den Zeitgenossen intensiv diskutiert wurde. In einer Titel-Story des SPIEGEL von 1980 findet sich ein Satz, der heute genauso geschrieben werden könnte: »Selten war der Fortschrittsglaube der kapitalistischen Menschheit so in

105 Von medienwissenschaftlicher Seite informieren etliche Beiträge in *Dietrich Schwarzkopf* (Hrsg.), *Rundfunkpolitik in Deutschland. Wettbewerb und Öffentlichkeit*, 2 Bde., München 1999; vgl. zum fernsehhistorischen Kontext *Knut Hickethier*, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart/Weimar 1998, S. 414ff.; für die europäische Dimension *Uwe Hasebrink/Hanna Dörmeyer*, *Die Konstruktion europäischer Fernsehpublika*, in: *Ute Daniel/Axel Schildt* (Hrsg.), *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*, Köln/Weimar etc. 2010, S. 121–148; zum allgemeinen sozialhistorischen Hintergrund *Hartmut Kaelble*, *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007, S. 282ff. Vgl. auch den Beitrag von Frank Bösch in diesem Band.

106 SPIEGEL-Titel: VIDEO-Recorder. Das Super-Geschäft, in: *Der SPIEGEL*, 24.11.1980.

107 Vgl. jetzt die anregende Skizze von *Jürgen Danyel*, *Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft*, in: *Zeithistorische Forschungen* 9, 2012, H. 2, S. 186–211. Als Anregungen aus der Soziologie: *Hartmut Rosa*, *Beschleunigung. Die Veränderungen der Zeitstruktur in der Moderne*, Frankfurt am Main 2005; *Karlheinz A. Geißler*, *Zeit und Qualität. Zeit und Organisation. Zeit und lernen*, Hannover 2010.

108 *Maier*, *Fortschrittsoptimismus oder Zukunftspessimismus*, Zitat S. 6.

Frage gestellt wie zu Beginn der Achtziger.«¹⁰⁹ Waren also die Bundesbürger in den 1980er Jahren wirklich in besonderer Weise von Ängsten bedrängt? Eine vergleichende Betrachtung in längerer Perspektive würde dies vermutlich falsifizieren, denn sowohl die materiellen Sorgen als auch die Ängste vor erneutem Krieg waren in der Gründerzeit der Bundesrepublik, dazu verfügen wir über ausreichende empirische Belege, sehr groß¹¹⁰; die Spezifik der 1980er Jahre – auch hier wieder beginnend in den 1970er Jahren – innerhalb einer Geschichte der Ängste liegt offenbar eher im Hinzutreten der Wahrnehmung von wachsender Gewaltgefahr, politisch diskutiert unter dem Label der »Inneren Sicherheit«¹¹¹, und ökologischer Gefährdungen, nachdem »Umwelt« noch zwei Jahrzehnte zuvor die soziale Umgebung gegenüber dem genetisch Bedingten bezeichnet hatte, etwa in der psychologischen Intelligenzforschung. Die neue Bedeutung von »Umwelt« als bedrohter und schützenswerter Natur, aber auch als Gefahrenquelle, entfaltete sich zwar schon seit den 1970er Jahren unter einer Minderheit interessierter Bürger, aber das Wissen darum verbreitete sich erst in der allgemeinen Öffentlichkeit der 1980er Jahre. Die Ängste vor der zivilen Nutzung der Atomenergie kumulierten nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986, als jene vor der Raketenrüstung bereits merklich zurückgegangen waren. Flankiert wurden die Ängste vor dem Atom von Sorgen angesichts vielfältiger Medienberichte von saurem Regen, Waldsterben, Ozonloch, Pol-Schmelze und Treibhauseffekt. Vor allem aber beunruhigte große Teile der Bevölkerung die rätselhafte AIDS-Gefahr, die mit politischen Diskussionen um Meldepflicht und Quarantäne, aber auch angesichts bizarrer Hochrechnungen, die mittelfristig von einer restlosen »Durchseuchung« der Bevölkerung ausgingen, die gesamten 1980er Jahre begleitete.¹¹²

Einen Ansatz zur Forschung auch über Entwicklungen und Konjunkturen von Ängsten bietet die Operationalisierung der sozialwissenschaftlichen Wertewandelsforschung für historiografische Studien, die zugleich längere Linien ziehen lassen und damit zu einer Einbettung der 1980er Jahre in die Geschichte des 20. Jahrhunderts beitragen.¹¹³ Allerdings bestehen hier gravierende Quellenprobleme nicht nur hinsichtlich fehlender Umfragen für die erste Hälfte des Jahrhunderts, sondern für die jüngste Zeitgeschichte vor allem im Blick auf den Konstruktionscharakter demoskopischer Daten beziehungsweise die Medialisierung der Umfrageforschung selbst.¹¹⁴

109 Die fetten Jahre sind vorbei, in: *Der SPIEGEL*, 8.9.1980, S. 32–47, hier: S. 32; mit der Ausgabe vom 18.1.1982 begann eine Serie mit dem Titel »Die Angst der Deutschen«.

110 Vgl. *Axel Schildt*, »German Angst«. Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik, in: *Daniela Münkel/Jutta Schwarzkopf* (Hrsg.), *Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert*. Festschrift für Adelheid von Saldern, Frankfurt am Main 2004; umfassende Literaturhinweise zu diesem Ansatz in *Bettina Hitzer*, *Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen*, in: *H-Soz-u-Kult*, 23.11.2011, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2011-11-001.pdf>> [29.7.2012].

111 *Eckart Conze*, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland*, in: *VfZ* 53, 2005, S. 357–380.

112 Henning Tümmers bearbeitet ein Projekt zur AIDS-Kommunikation in den beiden deutschen Staaten im Rahmen des Tübinger SFB »Bedrohte Ordnungen«. Vgl. auch seinen Beitrag in diesem Band.

113 Vgl. *Andreas Rödder*, *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990*, Stuttgart 2004; *ders./Wolfgang Elz* (Hrsg.), *Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008.

114 Für den Bereich der Parteienforschung vgl. *Anja Kruke*, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007, S. 495 ff.; für die Zuschauerforschung des Fernsehens *Malte Zierenberg*, *Zuschauerdaten und Demokratie. Das Wissen der empirischen Zuschauerforschung und mediale Selbstbeschreibungen in der Bundesrepublik der siebziger Jahre*, in: *Christiane Reinecke/Malte Zierenberg* (Hrsg.), *Vermessungen der Mediengesellschaft im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2011, S. 45–61; einleitend in

Einen interessanten Aspekt auch des Wertewandels stellen die – vordergründig – eskapistischen Tendenzen der 1980er Jahre dar, denen mediale Angebote entsprachen, ob für den Liebhaber der enorm erfolgreichen Fernsehserie »Schwarzwaldklinik« als »Romanze in Mull« oder für bildungsbürgerliche Schichten in der linken Version des Epos »Heimat« von Edgar Reitz¹¹⁵; und neben dem Preußen-Hype¹¹⁶ – in beiden deutschen Staaten – stand seit den ausgehenden 1970er Jahren mit dem erfolgreichen Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten¹¹⁷ und den Aktivitäten der Geschichtswerkstätten¹¹⁸ die Konjunktur der Alltagsgeschichte, der es um die Identitätsgewinnung durch historische Spurensuche in der Nahumgebung zu tun war.

Schließlich brauchen wir – angesiedelt im Schnittpunkt von politischer, von Medien- und von Intellectual History¹¹⁹ – dringend Untersuchungen, die uns die zentralen Diskurse in den 1980er Jahren identifizieren und verstehen lassen, wobei als Rahmenbedingungen die letzte Aufwallung und das Auslaufen des Kalten Kriegs zu berücksichtigen wären.¹²⁰ Wissenschaftsgeschichtlich wäre etwa das große Interesse für die Bürgertumsforschung – ob Frankfurter oder Bielefelder Provenienz – auch vor dem Hintergrund der erwähnten »Selbstanerkennung« der westdeutschen Gesellschaft zu betrachten.¹²¹ Eine systematische Untersuchung des Feuilletons wichtiger Tages- und Wochenzeitungen, politisch-kultureller Zeitschriften und anderer Foren der 1980er Jahre steht noch aus, etwa im Blick auf »postmoderne« Diskurse in ihrem Doppelcharakter von antiliberaler Überwindung der entfremdenden komplexen Moderne und deren radikaler Pluralisierung.¹²² Beginnen ließe sich zum Beispiel mit einer Historisierung repräsentativer Sammelwerke um 1980, wie etwa die von Jürgen Habermas herausgegebenen »Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹« oder Hermann Glasers »Fluchtpunkt Jahrhundertwende«.¹²³ Dadurch ließe sich eine vorläufige Folie für eine auch auf Mentalitäten zielende Geschichtsschreibung gewinnen, die nicht die Akteure ausblendet. Auch die Strategien von fachwissenschaftlichen

die Geschichte der Demoskopie *Alexander Gallus/Marion Lühe*, Öffentliche Meinung und Demoskopie, Berlin 1998.

- 115 Vgl. nur die Titelstories in: *Der SPIEGEL*, 1.10.1984: Sehnsucht nach Heimat; 28.10.1985: Operation Kitsch. Fernsehhit Schwarzwaldklinik (dort das Zitat S. 290).
- 116 Vgl. die dreibändige, circa 1.000 Seiten starke Pressedokumentation des Presse- und Informationsamts des Berliner Senats, Preußen, Berlin 1981. Ausstellung und Preußenbild im Spiegel der Medien, Berlin o. J.; *Rudolf von Thadden*, Preußen – ein Weg in die Moderne?, in: *APuZ* 1981, Nr. 52/53, S. 3–11.
- 117 Vgl. *Hannes Heer/Volker Ullrich* (Hrsg.), *Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung*, Reinbek 1985; *Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Bewegung! Stillstand! Aufbruch?*, hrsg. v. der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstätte Eimsbüttel, Hamburg 2004.
- 118 Vgl. *Gerhard Schneider*, Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte, in: *Heer/Ullrich*, *Geschichte entdecken*, S. 391–395.
- 119 Vgl. in diesem Sinne zuletzt den Übersichtsartikel von *Daniel Morat*, Intellektuelle und Intellektuellengeschichte, Version 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 20.11.2011, URL: <http://docupedia.de/zg/Intellektuelle_und_Intellektuellengeschichte> [29.7.2012].
- 120 Vgl. unter Berücksichtigung des sowjetischen Blocks einige Beiträge in *Greiner/Müller/Weber*, *Macht und Geist im Kalten Krieg*.
- 121 Dies scheint auf bei *Hans Schwab-Felisch*, Die heftig diskutierte Klasse. Neue Ansichten vom Bürgertum – Ein Symposium in Bielefeld, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.1.1986; zur parallelen Hinwendung in der Soziologie vgl. *Rainer Rilling*, Das vergessene Bürgertum. Über eine Unterlassung der Politischen Soziologie, in: *Das Argument* 1982, Nr. 131, S. 34–47.
- 122 Vgl. für Kunst und Literatur *Schildt/Siegfried*, *Deutsche Kulturgeschichte*, S. 445ff.
- 123 *Jürgen Habermas* (Hrsg.), *Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹*, 2 Bde., Frankfurt am Main 1979; und *Hermann Glaser* (Hrsg.), *Fluchtpunkt Jahrhundertwende. Ursprünge und Aspekte einer zukünftigen Gesellschaft*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1981, mit zusammen circa 80 Beiträgen.

und publizistischen Protagonisten der neo- beziehungsweise marktliberalen Offensive, deren krisenhafte Zuspitzung wir heute beobachten, wären eingehender Betrachtung wert, weil häufig die Anfänge noch im Dunkeln liegen und zeitlich unterschiedlich anzusetzen wären¹²⁴, wie etwa bei der Privatisierung vormals staatlicher Kernaufgaben. Auch dies wäre ein Beitrag zur Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart.

IV. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Der nähere Blick auf die 1980er Jahre und deren öffentliches Image ruhiger und guter (west-)deutscher Zeiten dementiert zunächst die dekadologische Konstruktion, zeigte sich doch das letzte Jahrzehnt der ›alten‹ Bundesrepublik, auch angesichts der Rahmenbedingungen des zuerst aufgipfelnden und dann auslaufenden Kalten Kriegs, zweigeteilt. Die breite öffentliche Zustimmung zum »Abschied vom Provisorium« und dem »Verfassungspatriotismus« sowie die »Selbstanerkennung« bis in die Reihen der intellektuellen Kritiker entfaltete sich erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, aber viele dieser Prozesse gründeten in der vorhergehenden Dekade. Ohnehin ist zu betonen, dass die 1970er und 1980er Jahre für zahlreiche thematische Felder als relative sozial- und kulturhistorische Einheit zu sehen sind. Den Platz der letzten Phase der ›alten‹ Bundesrepublik innerhalb der Strukturbrüche und gesellschaftlichen Umbrüche »nach dem Boom« näher zu bestimmen, erfordert aber zugleich, dass alle Studien dazu anschlussfähig für die Transformationsprozesse seit 1989/90 konzipiert werden sollten.¹²⁵ Schon die Überraschung der Wiedervereinigung verbietet zwar jede teleologische Note, und in den 1980er Jahren ist kaum etwas im Blick auf diese bewusst vorbereitet worden. Auch in dieser Hinsicht herrschte die von Jürgen Habermas zur Mitte des Jahrzehnts konstatierte »Neue Unübersichtlichkeit«, viele empfanden den Anbruch einer Epoche radikaler Unbestimmtheit. Die zeithistorische Forschung aber, die das Privileg der zeitlichen Distanz zu den Geschehnissen besitzt, wird nach Kontinuitätslinien über die nationale und globale Zäsur von 1989/90 hinaus fragen müssen. Wenn man – in transnationaler Perspektive – dem Vorschlag von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael folgt, die jüngste Zeitgeschichte bis zur Gegenwart als das »unvermutete Zusammentreffen dreier im Ursprung völlig unabhängiger Komponenten«¹²⁶ und von deren Fusion zu sehen, nämlich der Digitalisierung als technischer Basis, dem radikalen ökonomischen Wechsel zum Monetarismus und einer unter dem Banner der Freiheit voranschreitenden Individualisierung, die als »unternehmerisches Selbst« gedacht wurde, erscheinen die 1980er Jahre in vielfacher Hinsicht als Vorfeld und Zeitraum der Anbahnung von Fusionen, die dann ihr Resultat im furiosen Take-off des »digitalen Finanzmarktkapitalismus« mit allen gesellschaftlichen Folgen und Weiterungen fanden. In dieser Perspektive wäre die Untersuchung der 1980er Jahre mit der jüngsten, noch nicht geschriebenen Geschichte bis zur Gegenwart konzeptionell zu verbinden.¹²⁷

124 Vgl. die Skizze des neoliberalen »Descent from Mont Pèlerin« in der westlichen Welt von *Jan-Werner Müller*, *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven, CT/London 2011, S. 220ff.

125 Vgl. unter anderem die Debatte über »Transformationsprozesse seit 1989/90«, in: *Zeithistorische Forschungen* 6, 2009, H. 1, S. 85–114.

126 Doering-Manteuffel/Raphael, *Der Epochenbruch*, S. 31.

127 Vgl. *Axel Schildt*, *Zeitgeschichte der »Berliner Republik«*, in: *APuZ* 2012, Nr. 1–3, S. 1–6.